

DUH-Hintergrund

Die Energiewende und die Strompreise in Deutschland - Dichtung und Wahrheit -

Inhalte

0. Zusammenfassung.....	2
1. Einleitung: Standort Deutschland und die Energiewende	4
Worum geht es bei der anhaltenden Debatte?	6
2. Explodierende Strompreise? – Erste Annäherung.....	7
3. Stromkostenbelastung der Industrie	11
3.1 Industriestrompreise im europäischen Vergleich	16
3.2 Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrieunternehmen	20
Die Privilegien im Einzelnen:	21
a) Netzentgeltbefreiung	21
b) Konzessionsabgabe.....	21
c) Strom- und Energiesteuer	22
d) KWK-Umlage	22
e) EEG-Umlage.....	22
3.3 Preisentwicklungen auf den Großhandelsmärkten für Strom.....	27
Kompensation für CO ₂ -Kosten	29
3.4 Mittelständische stromintensive Unternehmen.....	29
4. Strompreissituation in den USA.....	30
4.1 Preisentwicklungen auf den Großhandelsmärkten der USA.....	30
4.2 Netzstabilität	33
5. Energiekosten der Privathaushalte.....	35
6. DUH-Forderungen.....	38

0. Zusammenfassung

Die anhaltende **Diskussion über die Energie- und Stromkosten** in Deutschland ist zu einem erheblichen Teil **Ausdruck eines teils offen, teils verdeckt geführten Kampfes gegen die** vor zwei Jahren in Bundestag und Bundesrat mit überwältigender Mehrheit beschlossene **Energiewende**. Die Auseinandersetzung wird angeheizt von mächtigen, jedoch diffusen Wirtschaftsinteressen. Diese setzen sich zusammen aus tatsächlichen und potenziellen Energieverlierern der traditionellen Energiewirtschaft, aus energieintensiven Industriebranchen, die vorgeben, unter steigenden Energiepreisen zu leiden, tatsächlich aber u.a. wegen zahlreicher von der Bundesregierung gewährter Privilegien von der Energiewende profitieren und schließlich einer Minderheit energieintensiver mittelständischer Unternehmen, die tatsächlich mit steigenden Stromkosten jenseits der allgemeinen Teuerungsrate konfrontiert sind. Aus der Politik erfahren die Energiewende-kritischen Interessen Unterstützung insbesondere von jenen, die der machttaktisch motivierten, energiepolitischen Kehrtwende der Bundeskanzlerin nach der Fukushima-Katastrophe zwar im Bundestag zustimmten ihr jedoch skeptisch gegenüberstanden. **FDP und Teile der Union**, insbesondere ihr Wirtschaftsflügel, **spekulieren** inzwischen **auf die Chance, die** von ihnen selbst mit gefassten **Energiewende-Beschlüsse des Jahres 2011 nach der Bundestagswahl weitgehend zu neutralisieren**.

Die vielfach vorgetragene Behauptung der Wirtschaftsstandort Deutschland sei infolge der Energiewende bedroht und die „Deindustrialisierung“ des Landes habe bereits begonnen, steht in einem unauflösbaren Widerspruch zu den aktuellen volkswirtschaftlichen Realitäten. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, deren Wirtschaft trotz der anhaltenden internationalen Wirtschaftskrise wächst. **2012 erreichte der deutsche Außenhandelsüberschuss mit 188 Mrd. Euro** den zweithöchsten Wert seit Einführung der Statistik im Jahr 1950. Das Problem Deutschlands ist keineswegs eine angeblich durch die Energiewende ausgelöste Wirtschaftskrise, sondern ganz im Gegenteil die zunehmende Kritik des Auslands am Ungleichgewicht seiner Handelsbilanz, das als mitverantwortlich wahrgenommen wird für die Verschuldung der Krisenländer.

Die Behauptung explodierende Strompreise, bedrohen akut die Wohlstand und Wirtschaftskraft in Deutschland, hält einer Überprüfung ebenfalls nicht stand. Die aggregierte Stromrechnung sämtlicher privater und gewerblicher Stromverbraucher in Deutschland hatte 1991 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,6 Prozent. Zwanzig Jahre später waren es 2,5 Prozent. Der monatlich veröffentlichte **VIK-Strompreisindex** – er gilt als maßgeblicher Indikator für die allgemeine Strompreisentwicklung in der Wirtschaft – **sinkt seit den Energiewendebeschlüssen des Jahres 2011** kontinuierlich, er liegt aktuell auf dem Niveau des Jahres 2005 und weit unter seinem Maximalwert im Jahr 2008, drei Jahre vor den Energiewende-Beschlüssen.

Ausweislich einer Untersuchung des Bundesumweltministeriums aus dem Jahr 2011 beläuft sich der durchschnittliche **Energiekostenanteil am Bruttoproduktionswert der Industriebetriebe im Mittel auf gut zwei Prozent**. Fast 90 Prozent der 36.000 Industriebetriebe in Deutschland gehören demnach zu Wirtschaftszweigen, in denen die Energiekosten im Mittel weniger als drei Prozent des Bruttoproduktionswerts ausmachen. Die Stromkosten tragen zu diesen drei Prozent etwa zwei Drittel bei, also zwei Prozent. Das heißt: für fast neun von zehn Betrieben schlagen sich selbst massive Strompreissteigerungen in den Bilanzen allenfalls im Promillebereich nieder. Die große Mehrzahl der Betriebe ist schon insoweit praktisch nicht betroffen. Der gemessen am Umsatz größere Teil der verbleibenden gut zehn Prozent der Betriebe fällt unter die Kategorie „energieintensiv“ und profitiert von zahlreichen staatlich gewährten Privilegien (Energiesteuer, EEG-Umlageentlastung, kostenlose Zuteilung von CO₂-

Zertifikaten, Netzentgeltbefreiung ...) und darüber hinaus von seit Jahren sinkenden Strompreisen an der Börse.

Die DUH hat die Grundaussagen der erwähnten, etwas mehr als zwei Jahre alten BMU-Untersuchung anhand aktueller statistischer Daten nachvollzogen, aktualisiert und grundsätzlich bestätigt. Die **Stromkosten energieintensiver Unternehmen** haben sich nach den Erhebungen der DUH in den vergangenen Jahren nicht erhöht, sie sind im Gegenteil deutlich gesunken. Die auf die Stromkosten bezogene Wettbewerbssituation der deutschen energieintensiven Unternehmen hat sich gegenüber vergleichbaren Unternehmen in fast allen EU-Ländern in den vergangenen Jahren sogar verbessert.

Von der DUH erstmals vorgenommene qualitative **Vergleiche mit der Strompreisentwicklung in den USA** ergaben einen teilweise fast parallelen und in der Höhe vergleichbaren Abfall der Großhandelspreise wie in Deutschland. Nach wie vor und wie schon seit Jahrzehnten liegen die industriellen Strompreise in den USA niedriger als in Deutschland. Wegen der parallelen zeitlichen Strompreisentwicklung dies- und jenseits des Atlantiks in den vergangenen Jahren lässt sich daraus jedoch keine Verschlechterung der Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen gegenüber Unternehmen in den USA ableiten. Die für die Ansiedlung von Industriebetrieben ebenfalls wichtigen, weil kostenträchtigen ungeplanten Versorgungsunterbrechungen liegen in den USA – ebenfalls in langer Tradition – um einen Faktor 10 bis 30 höher als in Deutschland (Deutschland etwa 15 Minuten pro Jahr; USA zwischen zwei und mehr als acht Stunden pro Jahr).

Allerdings verbleibt hierzulande eine begrenzte **Gruppe mittelständischer energieintensiver Unternehmen**, die nicht (oder nicht ausreichend) von den staatlichen Privilegien profitieren. Sie sehen sich, insbesondere wenn aktuelle Effizienzpotenziale im Strombereich weitgehend ausgeschöpft sind, vor allem wegen des Anstiegs der EEG-Umlage mit Stromkostensteigerungen konfrontiert, die prozentual denen privater Stromkunden vergleichbar sind. Die DUH fordert hier ein staatliches Eingreifen. Insbesondere müssen die Stromversorger veranlasst werden, sinkende Börsenpreise zeitnah an ihre Kunden weiterzugeben.

Private Stromkunden erleben seit Jahren Strompreissteigerungen deutlich jenseits der allgemeinen Teuerungsrate. Die Entwicklung ist teilweise auf den Zubau Erneuerbarer Energien zurückzuführen, setzte allerdings wegen der nach der Strommarktliberalisierung zunächst mangelnden Wettbewerbssituation und wachsender Brennstoffpreise schon lange vor dem sprunghaften Anstieg der EEG-Umlage ein. Künftig mögliche Steigerungen der EEG-Umlage sind voraussichtlich immer weniger auf den weiteren Aufwuchs der Erneuerbaren Energien zurückzuführen und immer mehr auf die sinkenden Börsenpreise, sowie weiter wachsende Anteile des privilegierten Strombezugs und andere Sondereffekte. Schon heute ist die EEG-Umlage wegen dieser Effekte kein Maß mehr für die Zusatzkosten der Erneuerbaren Energien. Die DUH fordert deshalb eine Neukonzipierung der EEG-Umlage und eine Regelung zur zeitnahen Weitergabe sinkender Börsenpreise an die Stromkunden.

Trotz der erheblich gestiegenen Strompreise dominieren nach wie vor die Mobilitäts- und Heizkosten die Energierechnung privater Haushalte. Der erhebliche Anstieg der EEG-Umlage im Jahr 2013 führt dazu, dass sich die Ausgaben für Strom an den Konsumausgaben privater Haushalte voraussichtlich von durchschnittlich knapp 2,4 Prozent im vergangenen Jahr auf knapp 2,5 Prozent im laufenden Jahr erhöhen. Davon entfallen auf die EEG-Umlage 0,5 Prozentpunkte. Die Belastung durchschnittlicher Haushalte bleibt damit im Rahmen. Allerdings liegen die Anteile der Stromrechnung an den Konsumausgaben bei Haushalten mit besonders niedrigem Einkommen erheblich höher. Die Abmilderung solcher Härten ist nach Überzeugung der DUH eine Aufgabe der Sozialpolitik.

1. Einleitung: Standort Deutschland und die Energiewende

Im Jahr 2012 wurden aus Deutschland Waren im Wert von 1.097 Milliarden Euro exportiert. Mit 188 Milliarden Euro erreichte der Außenhandelsüberschuss die zweithöchste Marke seit Einführung der Außenhandelsstatistik im Jahr 1950.¹ Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) geht davon aus, dass die Warenausfuhren im laufenden Jahr 2013 um weitere sechs Prozent steigen.² Die Bundesregierung jubelt über die exorbitant hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Nicht alle sind von diesen Zahlen begeistert, insbesondere nicht jenseits unserer Landesgrenzen. Denn die Exportüberschüsse der einen sind die Handelsbilanzdefizite und die Schulden der anderen.

Das erkennt inzwischen auch die EU, die drohenden oder manifesten Ungleichgewichten in der Wirtschaftsentwicklung ihrer Mitgliedstaaten seit einigen Jahren mit einem „indikatorengestützten Frühwarnsystem“ begegnen will. Zum „Scoreboard“ der wichtigsten Indikatoren für ein Auseinanderfallen der Wirtschaftsentwicklung gehören nicht nur die Leistungsbilanzdefizite, sondern auch ihre Kehrseite, die Leistungsbilanzüberschüsse. Bei den Defiziten gelten vier Prozent des BIP als ungesund, bei den Überschüssen sechs Prozent. Die merkwürdige Ungleichbehandlung von Defiziten und Überschüssen ist kein Zufall. Vielmehr ist diese Festlegung der Tatsache geschuldet, dass Deutschlands Exportüberschuss im Mittel der vergangenen Jahren an eben dieser ungesunden Sechs-Prozent-Grenze entlang kratzt. Im vergangenen Jahr überschritt sie die Grenze mit gut sieben Prozent sogar deutlich (Abb. 1). Ebenfalls dem politischen Einfluss des EU-Schwergewichts Deutschland ist zuzurechnen, dass Überschussländern auch im Fall des Überschreitens des Schwellenwerts von sechs Prozent keine Sanktionen drohen. Diese Rücksichtnahme auf die führende EU-Wirtschaftsmacht ändert jedoch nichts daran, dass der deutsche Handelsbilanzüberschuss die Verschuldung anderer EU-Länder geradezu triggert – und die Bundesregierung diese anschließend routinemäßig beklagt und mit rigorosen Sparappellen – manche Betroffene nennen es Spardiktate – beantwortet. Der Unmut unter den EU-Mitgliedstaaten über Deutschlands Sonderrolle in der Krise wächst und wird immer mehr zu einer Gefahr auch für die politische Union.

¹ Statistisches Bundesamt, „Deutsche Ausfuhren im Jahr 2012: + 3,4 % zum Jahr 2011 – Ausfuhren und Einfuhren erreichen neue Rekordwerte, Pressemitteilung vom 8.2.2013;
https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/02/PD13_050_51.html

² Finanzen.net, „DIHK erwartet 2013 Exportwachstum von sechs Prozent“, 17.4.2013;
<http://www.finanzen.net/nachricht/aktien/DIHK-erwartet-2013-Exportwachstum-von-sechs-Prozent-2375083>

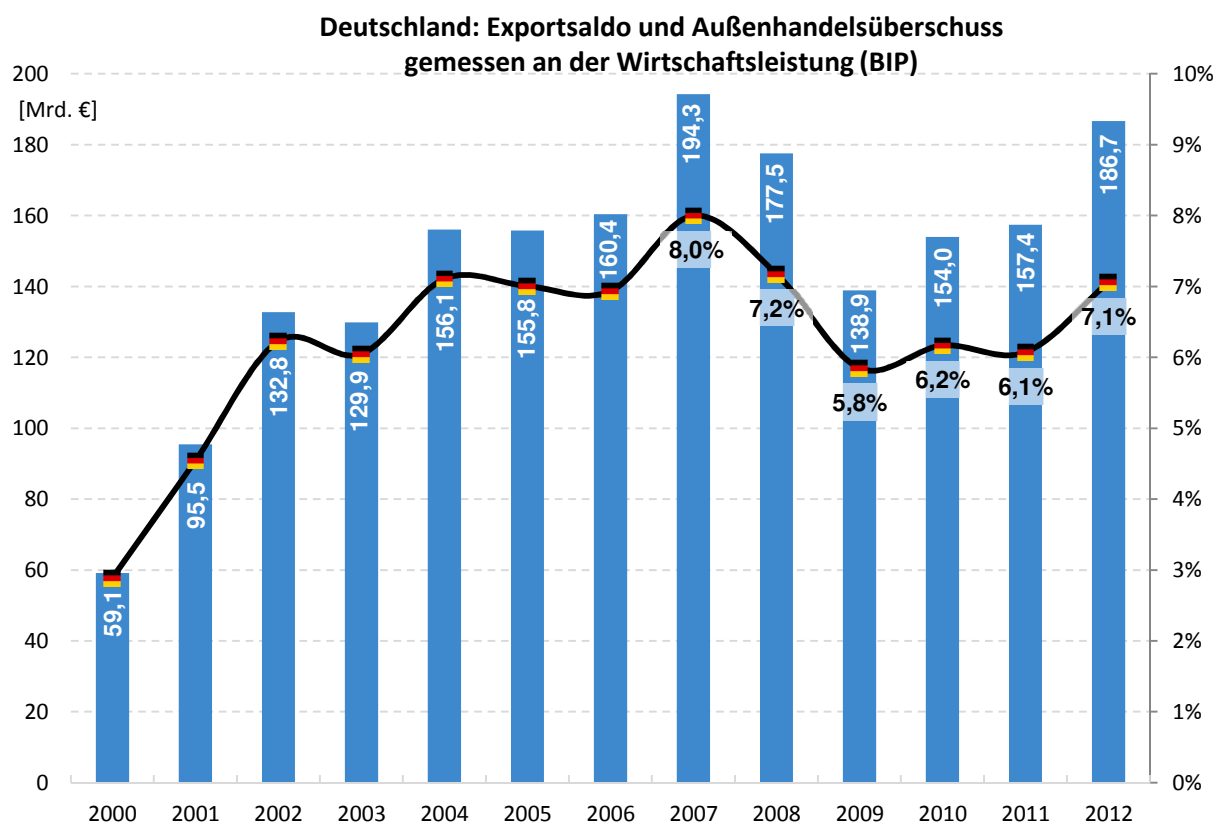


Abb. 1: Deutschland erzielt seit Jahren mit Abstand die größten Handelsbilanzüberschüsse innerhalb der EU und sieht sich dadurch wachsender Kritik aus dem Euroraum ausgesetzt; Daten: Eurostat, Graphik: DUH

Vor diesem Hintergrund erleben wir hierzulande seit eineinhalb Jahren eine ganz andere und in höchstem Maße verstörende Debatte über die angeblich akut bedrohte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Angesichts explodierender Strompreise befindet sie sich auf dem Weg in die Krise. Auslöser sind nach dieser Lesart der „überstürzte Atomausstieg“, die Energiewende und natürlich und vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energietechnologien. Kostproben aus jüngster Zeit, die sich über Seiten fortsetzen ließen: „Deutschland darf nicht durch explodierende Energiepreise seine Deindustrialisierung in großem Stil einleiten“³ (Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU); „Wenn die Kostenexplosion so weitergeht, dann wird die deutsche Industrie immer mehr ins Hintertreffen geraten“⁴ (Ulrich Grillo, Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie); „Erneuerbare Energien ausbauen, egal was es kostet führt zu einer Deindustrialisierung Deutschlands.“ Deshalb: „Revision der Energiewende mit dem Schwerpunkt ‚Totaler Stopp für den Ausbau erneuerbarer Energien‘“⁵ (Dieter Ameling, ehemals Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und notorischer Klimawandel-Leugner). Letzterer befindet sich übrigens in voller Übereinstimmung mit dem FDP-Spitzenkandidaten und früheren Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle. Um es vorweg zu sagen: Die deutsche Wirklichkeit widerlegt solche Thesen jeden Tag aufs Neue. Für eine Deindustrialisierung Deutschlands gibt es nicht die Spur eines Hinweises (siehe oben), die Strompreisentwicklung ist für deutlich über 90 Prozent der deutschen Industrie kein wirklich relevantes Thema, die energieintensive Fraktion der Industrie profitiert schon seit Jahren von sinkenden Preisen an der Strombörse und zahlreichen staatlich gewährten Privilegien.

³ Wolfgang Steiger, „Explodierende Energiepreise führen zu Deindustrialisierung Deutschlands, Pressemitteilung des Wirtschaftsrats der CDU, 8.8.2013.

⁴ Zitiert nach: „Hohe Stromkosten vertreiben Investoren“, Handelsblatt, 22.5.2013.

⁵ Dieter Ameling, „Freispruch für CO₂ – Revision der Energiewende“, FAZ, 7.8.2013.

Die Bundesrepublik Deutschland kann auf eine jahrzehntelange Tradition an Standortdebatten zurückblicken, in deren Verlauf regelmäßig der Untergang des Vaterlandes beschworen wurde. Dazu mag hier ein historisches Zitat genügen: „Die größten Probleme ergeben sich für den Industriestandort Deutschland aus den gravierenden Strompreinsnachteilen, denen die deutsche Industrie im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn, aber auch im Vergleich zu Ländern, wie USA, Kanada und Japan ausgesetzt ist“. Die Äußerung ist ziemlich genau 20 Jahre alt und stammt aus einer Verhandlungsrunde zum so genannten Energie-Konsens, mit dem seinerzeit ein erster Verständigungsversuch zwischen Bundesregierung und Opposition, Energiewirtschaft, Industrie und Verbänden mit dem Ziel unternommen wurde, sich auf eine gemeinsame Energiestrategie und das „geordnete Auslaufen der Kernenergie“ zu verständigen.⁶ Die Argumentation glich schon damals genau der heutigen, nur der Anlass („Ausstieg aus der Atomenergie“) war ein anderer und der Tonfall, in dem die Klage vorgebracht wurde – nicht annähernd so aggressiv wie heute. Die Beschwörungen vom Niedergang des Standorts Deutschland infolge zu hoher Stromkosten verstummten jeweils nur vorübergehend, wenn die nüchternen Zahlen des Statistischen Bundesamts das Land mal wieder als „Exportweltmeister“ auswiesen. Aber abstruser und realitätsferner als derzeit waren diese interessengeleiteten Diskussionen noch nie. Und leider muss man annehmen, dass die meisten Lautsprecher der schrägen These vom bevorstehenden Ende des Industriestandorts genau wissen was sie sagen und was sie tun.

Worum geht es bei der anhaltenden Debatte?

Es geht in dieser Auseinandersetzung längst nicht mehr um die Frage der Technologien, die künftig den Energiemarkt der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt bestimmen. Noch viel weniger geht es um das Wohl der von realen Preissteigerungen betroffenen privaten Stromkunden, das nun plötzlich Politiker und Medien entdecken, die ansonsten eher selten auf Seiten der Bedürftigen und Entrechteten zu finden sind. In Wirklichkeit geht es um die Frage, ob die alten Akteure auf dem milliardenschweren Strommarkt auch die neuen sein werden oder ob sich die aktuelle Entwicklung fortsetzt. Eine Entwicklung, die nicht nur einige neue Akteure in den Energiemarkt bringt, sondern Millionen von ihnen. 1,3 Millionen (Klein-)Kraftwerke auf Basis Erneuerbarer Energien bedeuten nicht nur, dass die traditionelle Energiewirtschaft, die nur einen geringen Bruchteil zu diesen Investitionen beiträgt, in hohem Tempo Marktanteile verliert. Sie zeigen auch, dass Millionen Bürgerinnen und Bürger aktiver Teil der Energiewende und letztlich der Energiewirtschaft geworden sind. Unübersichtlicher und uneinheitlicher stellt sich die Lage bei den gewerblichen Stromverbrauchern dar, weshalb wir uns ihnen in dieser Ausarbeitung ausführlicher widmen wollen.

Angesichts der aktuellen Debatte, scheint es angebracht und nötig noch einmal an Folgendes zu erinnern: Die deutsche Energiewende ist Ausdruck des Wunsches einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit, ein Energiesystem ohne die Katastrophenrisiken der Atomenergie und ohne die Klimarisiken der fossilen Energien zu etablieren. Das bestätigen bis heute alle repräsentativen Umfragen. Die Energiewende dient letztlich dem Ziel, dieses Land zukunftsfest zu machen. Ökonomisch und ökologisch. In einer Welt schrumpfender (Energie-)Rohstoffe werden Staaten, die nicht oder nicht ausreichend über strategische (Energie-)Rohstoffe verfügen, umso größere Chancen haben, das 21. Jahrhundert in Wohlstand und Frieden zu erleben, je erfolgreicher sie sich von diesen Rohstoffen unabhängig machen. Deutschland zählt zu den Ländern mit einer geringen Rohstoffbasis. In einer Welt des Klimawandels werden die neun Milliarden Menschen des Jahres 2050 umso besser (über-

⁶ Dr. Jürgen Heraeus, „Statement zum Energie-Konsens“; 19.4.1993, Anlage zu einem BDI-Rundschreiben.

leben können, je weniger fossile Brennstoffe in den kommenden Jahrzehnten verbrannt werden. Auch das ist eine Herausforderung für ein traditionelles Kohleland wie Deutschland.

Deshalb geht es bei der Energiewende und in der Debatte über ihre Fortschritte, ihre Rückschläge und ihre Herausforderungen um Verantwortung und Verantwortlichkeiten, die weit hinausreichen über aktuelle Wahlkämpfe und Wahlziele. Die Deutsche Umwelthilfe sieht in der anhaltenden Diskussion ein Risiko, dass mit dem Wahltag am 22. September 2013 nicht verschwindet, sondern unter Umständen weiter eskaliert: Wer jetzt aus kurzfristigen machttaktischen Erwägungen, systematisch und unbeeindruckt von Fakten, die immer noch überwältigende Unterstützung der Energiewende durch die Bevölkerungsmehrheit untergräbt, beraubt sich der eigenen Handlungsfähigkeit in den ökologischen und in deren Folge auch politischen Krisen der Zukunft. Denn die Energiewende wird in Deutschland und darüber hinaus kommen. Sie wird kommen müssen, selbst wenn das Bremsmanöver, das wir derzeit erleben, erfolgreich wäre. Denn dann wird es über kurz oder lang einen zweiten Versuch geben, mit dem Unterschied, dass dieser dann voraussichtlich nicht mehr mit dem Rückenwind einer großen Bevölkerungsmehrheit rechnen kann.

Die Energiewende-Gegner sehen die Strom- und Energiepreisdebatte als eine Art letzte Chance. Nach ihrer Überzeugung steht und fällt mit dem Erfolg oder Misserfolg dieses Angriffs auf die Energiewende die einzig realistische Möglichkeit, das Rad noch einmal anzuhalten. Deshalb hat sich die Deutsche Umwelthilfe die der anhaltenden Energie- und Strompreisdiskussion zugrundeliegenden Fakten in dem hier vorgelegten Hintergrundpapier noch einmal etwas genauer angeschaut. Manches davon wurde bereits anderswo und in anderem Zusammenhang publiziert, anderes ist neu.

2. Explodierende Strompreise? – Erste Annäherung

Die Strompreise in Deutschland steigen seit Jahren deutlich schneller als die allgemeine Teuerungsrate. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen und die DUH hat sich dazu mehrfach – auch ausführlich – geäußert.⁷ Nach bald zwei Jahren der unablässigen Beschwörung „explodierender Strompreise“ scheinen auch die Schuldigen ausgemacht. Die Behauptung, Auslöser eines immensen Strompreisanstiegs sei allein der rasante Ausbau viel zu teurer Erneuerbarer Energien, wird immer seltener hinterfragt. Tatsächlich haben sich die Strompreise für einen deutschen Durchschnittshaushalt, für Gewerbetreibende und große Teile des Mittelstands seit der Jahrtausendwende praktisch verdoppelt. Interessant und wichtig ist allerdings, dass der Anstieg schon einsetzte, lange bevor der Ausbau der Erneuerbaren Energien Fahrt aufnahm und lange bevor sich die EEG-Umlage auf den Stromrechnungen der privaten und mittelständischen Stromverbraucher spürbar niederschlug (Abb. 2).

⁷ DUH, „Deutsche Umwelthilfe fordert Rückkehr zu fairer Lastenteilung in der Energiewende“; [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=2964&cHash=def0ea43fdfee5c2998ed1404915397e](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2964&cHash=def0ea43fdfee5c2998ed1404915397e); „Deutsche Umwelthilfe: Bundesregierung spaltet Gesellschaft schon wieder an der Energiefrage“; [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=2915&cHash=1d6849002f5a67276db2620702f62ea8](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2915&cHash=1d6849002f5a67276db2620702f62ea8).

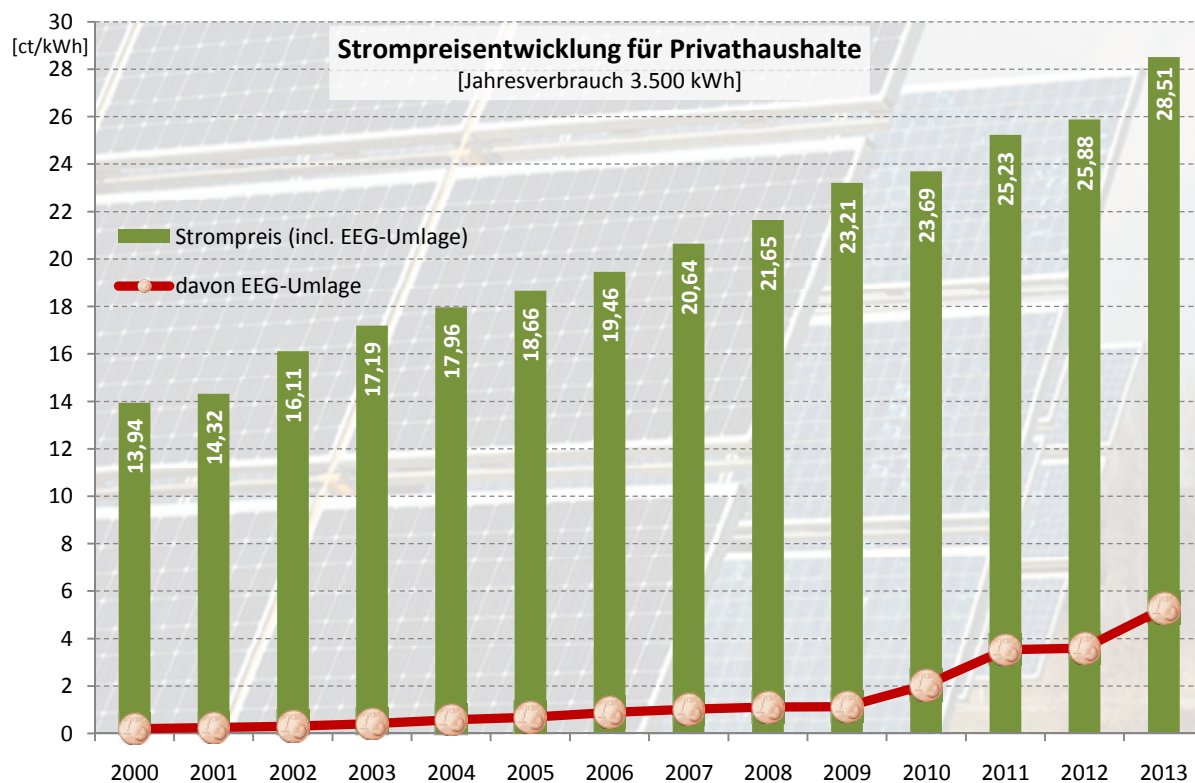


Abb. 2: Die Strompreise steigen seit der Jahrtausendwende annähernd kontinuierlich; der Einfluss des EE-Zubaus setzte erst 2011 erkennbar ein; zuvor dominierten andere Einflussfaktoren wie mangelnder Wettbewerb zwischen den großen Versorgern und steigende Brennstoffpreise; Daten: BMU, Destatis; Graphik: DUH.

Damit wird klar: Die Erneuerbaren Energien sind nur für einen begrenzten Teil dieses Anstiegs verantwortlich zu machen. Insbesondere in den ersten Jahren des Jahrtausends spielte ein nicht-funktionierender Strommarkt eine große Rolle. Die beherrschenden Stromversorger E.on, RWE, Vattenfall und EnBW fuhren auf Kosten der Stromverbraucher horrenden Gewinne ein, die sich z.B. zwischen 2002 und 2010 auf über 100 Mrd. Euro summierten.⁸ Zum Teil wurden ihnen von der EU-Kommission Strommarktmanipulationen zu Lasten ihrer Kunden nachgewiesen.⁹ Unter anderem preisten sie – was legal war – die zeitweise noch erheblichen CO₂-Zertifikatekosten aus dem Europäischen Emissionshandel ein, obwohl ihnen die CO₂-Verschmutzungsrechte bis 2012 weitestgehend kostenlos zugeteilt wurden (sog. Windfall Profits). Außerdem stiegen zu jener Zeit die Brennstoffkosten für Erdgas und Importsteinkohle erheblich, was sich ebenfalls in höheren Strompreisen niederschlug.

Dass die Strompreise jedoch auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland einen allenfalls marginalen Effekt hatten, liegt daran, dass die Aufwendungen für Strom insgesamt weder die privaten Haushalte noch die große Mehrzahl der Industriebetriebe sehr wesentlich belasten. Die von Bundesumwelt- und Bundeswirtschaftsministerium eingesetzte Expertenkommission zur Bewertung des ersten Monitoring-Berichts „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung kommt in ihrer Stellungnahme zu der Einschätzung, „dass sich der Anstieg der Preise für Elektrizität in der aggregierten Sichtweise ... nicht so dramatisch zeigt, wie in der Öffentlich-

⁸ Claudia Kemfert, „Kampf um Strom – Mythen, Macht und Monopole“, Murmann 2013, S. 79.

⁹ „E.on soll die Strombörse manipuliert haben“, Die Zeit, 5.3.2009, „Hässliche Vorwürfe gegen Vorstände – E.on und RWE sollen den Strompreis manipuliert haben“, Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010. Wegen des Verdachts der missbräuchlichen Kapazitätszurückhaltung hatte E.on sich gegenüber der EU-Kommission verpflichtet, Stromerzeugungskapazitäten in Höhe von 5.000 MW abzugeben und die Übertragungsnetzsparte zu veräußern, woraufhin das Verfahren von der Kommission eingestellt wurde (Entscheidung vom 26.11.2008, COMP/39.388, 39.389). Die Verfahren gegen RWE und Vattenfall wurden hingegen ohne weitere Zugeständnisse eingestellt.

keit oft dargestellt.¹⁰ Eindrucksvoll belegt wird diese Aussage durch eine Grafik in dem Bericht. Sie zeigt den Verlauf der Stromkosten aller Stromkunden in Deutschland bezogen auf ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ergebnis: Die aggregierte Stromrechnung sämtlicher privater und gewerblicher Stromverbraucher in Deutschland hatte 1991 einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,6 Prozent. Zwanzig Jahre später waren es 2,5 Prozent (Abb. 3). Für Untergangsszenarien bleibt da wenig Raum.

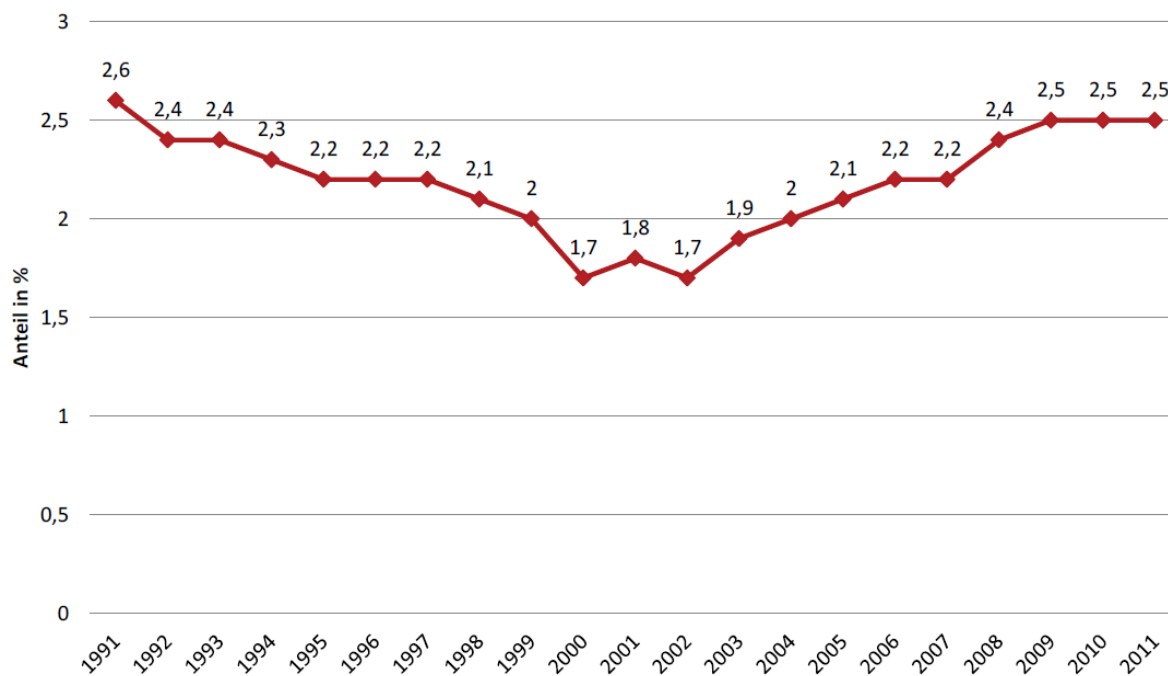


Abb. 3: Anteil der aggregierten Letztverbraucherausgaben für Elektrizität am Bruttoinlandsprodukt; Quelle: Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“.

Hochinteressant ist auch der Verlauf der monatlich vom Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) veröffentlichte Strompreisindex. Der VIK-Index gilt als maßgeblicher Indikator für die allgemeine Strompreisentwicklung in der deutschen Wirtschaft. Er sinkt seit den Energiewendeentschlüssen des Jahres 2011 kontinuierlich und liegt aktuell auf dem Niveau des Jahres 2005 und weit unter seinem Maximalwert im Jahr 2008, drei Jahre vor den Energiewendeentschlüssen der Bundesregierung (Abb. 4). Der VIK führt die sinkenden Strompreise für stromintensive Unternehmen zu Recht darauf zurück, dass die Kosten für die Strombeschaffung wegen des anhaltenden Ausbaus Erneuerbarer Energien an der Börse ständig sinken. Das hinderte allerdings den VIK, der als Lobbyverband für die großen industriellen Stromverbraucher fungiert, nicht daran, mit der steilen These übers Land zu ziehen, ausgerechnet wegen Energiewende und hoher Strompreise sei „die Grenze der Belastbarkeit“ der deutschen Industrie erreicht. „Der internationale Strompreisunterschied zu Lasten des absoluten Hochpreisstandorts Deutschland gefährdet zunehmend Produktionsstandorte“, hieß es noch im Herbst 2012 in einer Pressemitteilung des Verbands. Sie gipfelte in der Aussage: „Es stehen direkt 900.000 deutsche Arbeitsplätze in energieintensiven Unternehmen auf dem Messer der Schere und darüber hinaus noch etwa 2.200.000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie. Vor diesem Hintergrund erwartet der VIK von der Politik eine Energie-wendegestaltung, die diesen Standort gefährdenden Randbedingungen durch angemessene

¹⁰ Löschel/Erdmann/Staiß/Ziesing, Stellungnahme zum ersten Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2011, S.101; <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/monotoringbericht-stellungnahme-lang,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

nes Gegensteuern Rechnung trägt.“¹¹ Der Verband berief sich bei seinen Aussagen auf „Ergebnisse einer nicht repräsentativen VIK-Umfrage unter seinen Mitgliedern“. Um es noch einmal festzuhalten: Gleichzeitig veröffentlicht der VIK Monat für Monat einen Strompreisindex, der die alarmistischen Parolen widerlegt.

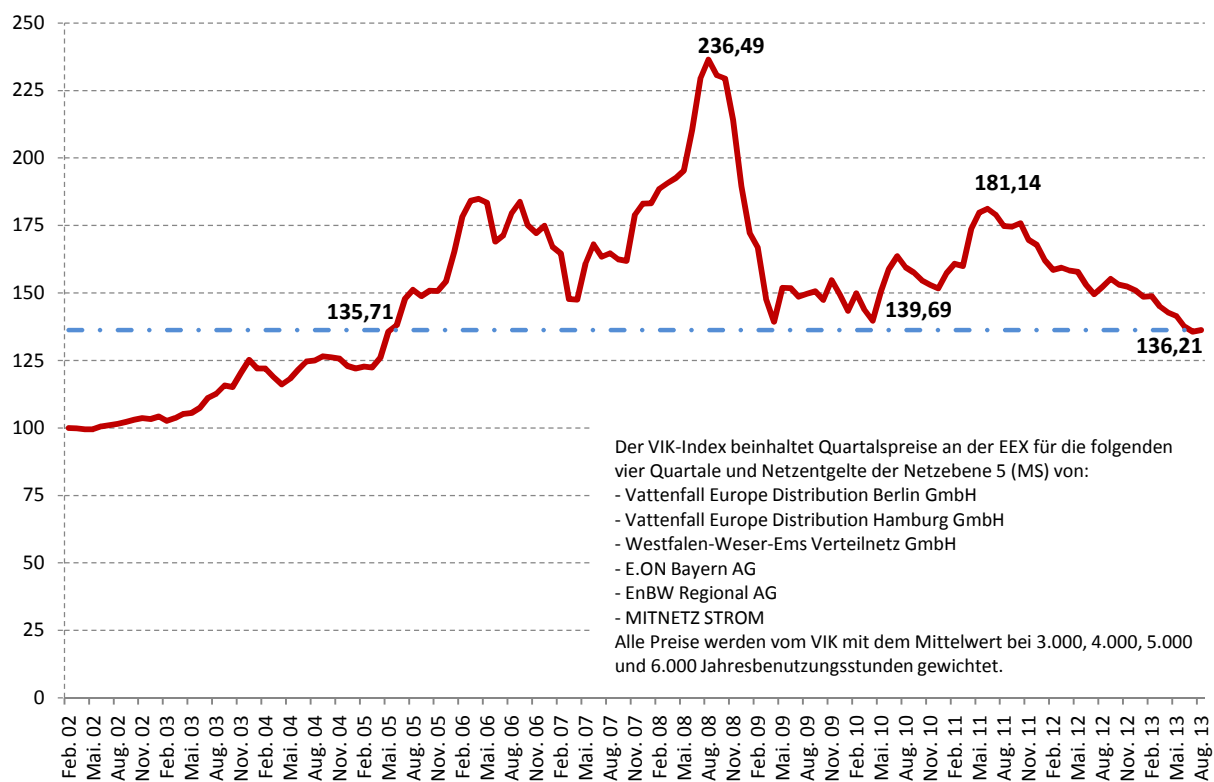


Abb. 4: VIK-Strompreisindex für industrielle Mittelspannungskunden; Daten: VIK, Graphik: DUH.

Festzuhalten bleibt also, dass die Strompreissteigerungen für private Stromverbraucher, das Gewerbe und Teile des Mittelstandes derzeit deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate liegen, dies aber bei den großen Stromverbrauchern, darunter den energieintensiven Industrien keineswegs der Fall ist. Das zeigt auch ein sektoraler Vergleich der Strompreisentwicklung der letzten Jahre (Abb. 5). Gleichzeitig sind es aber große Teile der Industrie, die lautstark angeblich existenzbedrohende Stromkosten beklagen. Ob es tatsächlich eine beängstigende Situation gibt und wie es zu den unterschiedlichen Entwicklungen bei den Strompreisen privater und kleiner Stromverbraucher im Vergleich zu den großen industriellen Verbrauchern kommt, soll in den folgenden Kapiteln im Einzelnen beleuchtet werden. Zunächst geht es dabei um die Strom- und Energiekostenbelastung der Wirtschaft.

¹¹ VIK, „Deutschlands Strompreise doppelt so hoch wie in den USA“, Pressemitteilung vom 3.10.2012.

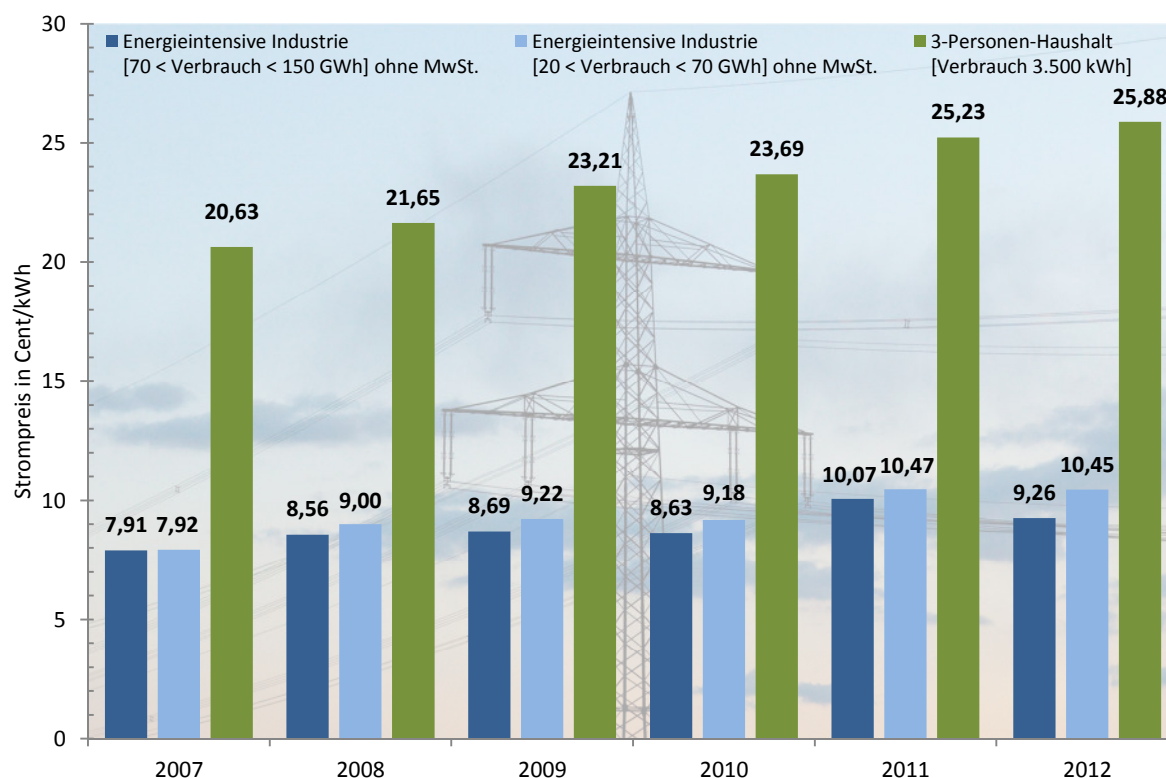


Abb. 5: Energieintensive Unternehmen zahlten in den vergangenen Jahren 10 Cent und weniger pro Kilowattstunde – Privathaushalte müssen heute das Zweieinhalbfache aufwenden. Die Schere öffnet sich weiter; Daten: BDEW, Eurostat; Graphik: DUH.

3. Stromkostenbelastung der Industrie

Dass die Stromkosten in Deutschland aufs Ganze gesehen weder auf das Wohlergehen privater Haushalte noch auf die betriebswirtschaftlichen Rahmendaten der Unternehmen einen bestimmenden Einfluss haben und nicht einmal eine irgendwie beunruhigende Entwicklung erkennbar ist, hat der Blick auf den Verlauf der aggregierten Letztverbraucher Ausgaben für Elektrizität am Bruttoinlandsprodukt in Abb. 3 gezeigt. Doch was bedeutet diese globale Einordnung für die Wirtschaft insgesamt und für ihre einzelnen Sektoren?

Einen ersten interessanten Einblick bietet dazu eine Ausarbeitung aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) aus dem Jahr 2011.¹² Danach liegt der durchschnittliche Kostenanteil aller Energiearten (also für Brenn- und Treibstoffe, Strom, Gas, Wärme) in der Industrie seit 2007 nahezu unverändert bei etwa 2 Prozent des Bruttoproduktionswerts (BPW). Im Vergleich dazu beliefen sich die Personalkosten im produzierenden Gewerbe 2011 auf 16,8 Prozent des BPW, der Materialkostenanteil (ohne Energie) machte 44,6 Prozent des BPW aus.

Das BMU-Papier stellt darüber hinaus fest, dass knapp 90 Prozent der 36.000 Industriebetriebe in Deutschland (nach den Angaben des Statistischen Bundesamts) Wirtschaftszweigen zugeordnet sind, in denen alle Energiekosten zusammengenommen im Mittel weniger als 3 Prozent des Bruttoproduktionswerts (BPW) ausmachen.¹³ Energiekosten von mehr als

¹² BMU, „Einfluss der Umwelt- und Klimapolitik auf die Energiekosten der Industrie - mit Fokus auf die EEG-Umlage“, März 2011; http://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/eeg_stromkosten_bf.pdf.

¹³ Die Einordnung erfolgte auf Ebene der Wirtschaftsabteilungen (2-Steller) der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008); Quelle: Destatis, Fachserie 4 Reihe 4.3, 2011.

5 Prozent am BPW hatten demnach lediglich 3,4 Prozent der produzierenden Unternehmen zu tragen. Strom hat an den gesamten Energiekosten der Industrie im Mittel einen Anteil von etwa zwei Dritteln. Das bedeutet, dass die industriellen Stromkosten im Mittel unter 1,5 Prozent des Bruttoproduktionswertes liegen, bei fast 90 Prozent der Betriebe liegen die Stromkosten bei 2 Prozent. Zwischenfazit: Für die große Mehrzahl der deutschen Industriebetriebe sind die Stromkosten nicht maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg; selbst erhebliche Strompreiserhöhungen im zweistelligen Prozentbereich schlagen sich in den Bilanzen lediglich im Promillebereich nieder.

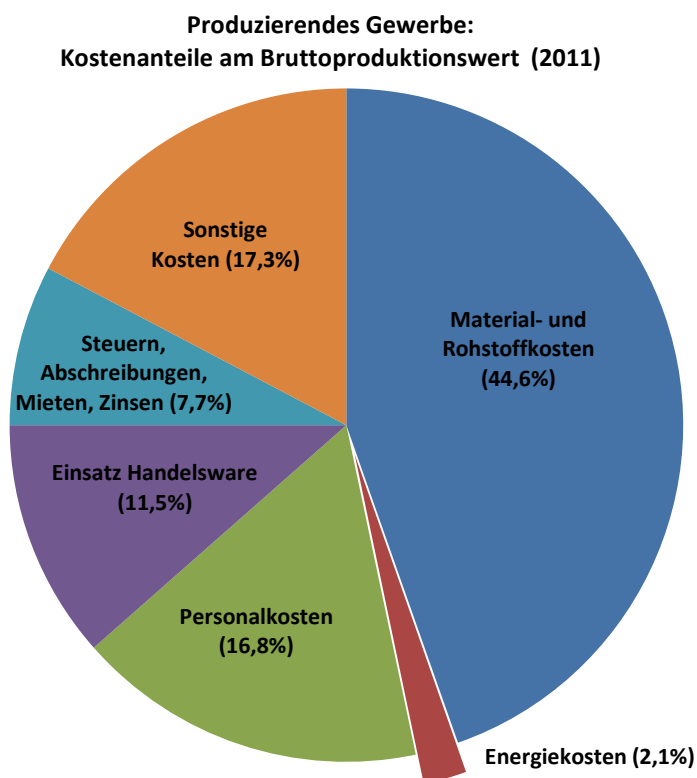


Abb. 6: Der Strom- und Wärmekostenanteil der Industrie lag im Jahr 2011 – wie schon die Jahre zuvor – lediglich bei 2 Prozent des Bruttoproduktionswertes; Daten: Destatis; Graphik: DUH.

Die erwähnte Untersuchung des BMU stammt aus dem Jahr 2011, also der Amtszeit von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU). Die zugrundeliegenden Daten sind folglich noch älter, so dass der DUH angesichts der Entwicklungen bei den Energiekosten der letzten Jahre und der andauernden Strompreisdiskussion eine Aktualisierung naheliegend und angebracht erschien. Sie ist aber nach Informationen der DUH unter Röttgens Nachfolger Peter Altmaier bislang nicht beauftragt worden. Deshalb haben wir selbst Teile der öffentlich zugänglichen, statistischen Daten geprüft und auf den aktuell möglichen Stand gebracht. Das Ergebnis dieser Aktualisierung ist, dass die Grundaussagen der BMU-Untersuchung aus dem Jahr 2011, von wenigen Details abgesehen, fortgelten. Dies kann anhand der nachfolgenden Tabelle (Abb. 7) nachvollzogen werden.

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2011				Anteil am Bruttoproduktionswert		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert (BPW)	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.414	1.773.113	75.885.606	2,34%	24,6%	43,5%
50-99	9.345	2.784.271	117.884.601	2,36%	20,9%	46,2%
100-249	7.085	6.042.382	243.285.779	2,48%	18,0%	48,3%
250-499	2.433	5.804.942	227.774.814	2,55%	17,7%	46,2%
500-999	1.035	6.153.417	224.415.823	2,74%	16,4%	46,3%
1000 und mehr	641	16.104.798	975.338.828	1,65%	15,0%	42,8%
Summe	35.953	38.662.923	1.864.585.451	2,07%	16,8%	44,63%

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2010				Anteil am Bruttoproduktionswert		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.570	1.596.254	69.757.375	2,29%	25,8%	42,3%
50-99	9.313	2.585.990	109.731.856	2,36%	21,7%	44,9%
100-249	6.837	5.539.980	213.808.623	2,59%	20,2%	46,3%
250-499	2.348	5.391.954	210.716.033	2,56%	18,2%	44,7%
500-999	975	5.626.574	197.810.813	2,84%	17,3%	44,4%
1000 und mehr	629	16.373.268	856.775.968	1,91%	16,2%	41,0%
Summe	35.672	37.114.020	1.658.600.668	2,24%	17,9%	42,86%

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2009				Anteil am Bruttoproduktionswert		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	16.089	1.523.895	66.871.796	2,28%	26,9%	42,5%
50-99	9.189	2.257.698	95.808.134	2,36%	23,8%	44,7%
100-249	6.816	5.136.649	195.566.170	2,63%	21,6%	45,9%
250-499	2.337	5.084.214	187.030.969	2,72%	19,7%	43,9%
500-999	980	5.339.184	173.658.737	3,07%	19,3%	43,2%
1000 und mehr	640	14.934.657	739.180.908	2,02%	18,3%	41,6%
Summe	36.051	34.276.297	1.458.116.714	2,35%	19,8%	42,95%

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2008				Anteil am Bruttoproduktionswert		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.397	1.547.028	74.193.566	2,09%	24,2%	43,8%
50-99	9.571	2.503.080	115.761.895	2,16%	20,9%	47,0%
100-249	7.149	5.586.816	236.076.837	2,37%	19,1%	48,1%
250-499	2.453	5.576.563	229.125.155	2,43%	17,0%	46,3%
500-999	1.047	5.720.367	214.933.184	2,66%	16,8%	46,0%
1000 und mehr	670	16.435.616	925.245.651	1,78%	15,5%	44,4%
Summe	36.287	37.369.470	1.795.336.288	2,08%	17,1%	45,42%

Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2007				Anteil am Bruttoproduktionswert		
Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Unternehmen	Energiekosten (in 1000 €)	Bruttoproduktionswert	Energiekosten	Personalkosten	Materialkosten (ohne Energie)
20-49	15.690	1.390.780	76.271.452	1,82%	23,5%	43,5%
50-99	9.838	2.208.370	118.703.062	1,86%	21,1%	44,0%
100-249	7.182	4.860.173	233.316.970	2,08%	19,4%	46,2%
250-499	2.496	4.902.672	226.280.236	2,17%	17,6%	43,9%
500-999	1.067	5.026.602	211.750.933	2,37%	17,2%	44,6%
1000 und mehr	673	14.316.641	924.462.334	1,55%	15,8%	43,9%
Summe	36.946	32.705.238	1.790.784.987	1,83%	17,3%	44,27%

Abb. 7: Der durchschnittliche Energiekostenanteil im produzierenden Gewerbe liegt seit Jahren bei rund 2 Prozent des BPW; Daten: Destatis, Berechnungen DUH.

Anstatt auf Basis des Bruttoproduktionswerts lassen sich die Energiekosten der Unternehmen auch ausschließlich auf Basis des im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwerts ermitteln. In diesem Fall bleiben enthaltene Vorleistungen unberücksichtigt, es erfolgt eine Konzentration auf die in den Unternehmen selbst erbrachte Bruttowertschöpfung (BWS).¹⁴ Auf dieser Basis lag der Anteil der gesamten Energiekosten im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2011 bei durchschnittlich 7,7 Prozent (2008: 7,9 %). Die Stromkosten beliefen sich im Mittel auf 5 Prozent der BWS. Demnach sind mehr als drei Viertel der produzierenden Unternehmen Wirtschaftszweigen zugeordnet, in denen die Energiekosten im Mittel weniger als 10 Prozent der Bruttowertschöpfung betragen.

Im Sektor der energieintensiven Industriebetriebe, die in der Summe etwa 4 Prozent zur gesamten industriellen Bruttoproduktion in Deutschland beitragen, lag 2011 der Anteil der gesamten Energiekosten am Bruttoproduktionswert zwischen 7,6 % (2008: 9,7 %; Roheisen, Stahl) und 19,1 % (2008: 18,3 %; Zement, Kalk, Gips) bzw. zwischen 25,7 % (2008: 23,5 %; Glas und Glaswaren) und 56,6 % (2008: 62,8 %; Zellstoff, Papier) an der Bruttowertschöpfung (Abb. 8).

Wirtschaftszweige im Verarbeitenden Gewerbe	Anzahl [WZ2008] (Betriebe)	Energiekosten [in 1000 €]	Bruttoproduktionswert (BPW)			Bruttowertschöpfung (BWS)			
			[in 1000 €]	Anteil Energiekosten [an BPW]	Änderung ggü. 2008 [in %]	[in 1000 €]	Anteil Energiekosten [an BWS]	Änderung ggü. 2008 [in %]	
Nahrungs- und Futtermitteln	10	5.339	3.535.437	145.897.739	2,4%	0,06%	25.820.238	13,7%	0,34%
Getränke	11	578	559.281	18.792.912	3,0%	0,22%	6.532.734	8,6%	-0,31%
Tabakverarbeitung	12	30	65.335	17.898.695	0,4%	0,07%	12.707.720	0,5%	0,06%
Textilien	13	730	436.929	11.950.653	3,7%	-0,03%	3.368.560	13,0%	0,29%
Bekleidung	14	305	49.301	8.527.385	0,6%	-0,05%	2.194.435	2,2%	-0,12%
Leder(waren), Schuhe	15	144	24.513	2.623.580	0,9%	-0,04%	649.541	3,8%	0,05%
Holzwaren	16	1.205	705.529	19.082.845	3,7%	0,29%	4.305.004	16,4%	1,43%
Papier, Pappe, Karton	17	950	2.643.017	41.282.091	6,4%	-0,72%	9.254.347	28,6%	-1,15%
- Zellstoff, Papier etc.	17.1	182	1.865.212	18.209.401	10,2%	-1,77%	3.293.886	56,6%	-6,21%
Druckerzeugnisse	18	1.472	413.369	16.784.248	2,5%	0,02%	5.359.206	7,7%	0,78%
Kokerei, Mineralölvertrieb	19	65	1.224.157	138.444.478	0,9%	0,25%	38.816.478	3,2%	0,93%
Chemische Erzeugnisse	20	1.568	7.210.045	162.376.636	4,4%	-0,52%	37.105.341	19,4%	-1,19%
- chem. Grundstoffe	20.1	599	6.202.589	105.535.099	5,9%	-0,24%	24.570.684	25,2%	-1,45%
Pharmaindustrie	21	324	521.140	41.996.706	1,2%	0,03%	16.407.796	3,2%	0,05%
Gummi- u. Kunststoffwaren	22	3.123	2.090.410	75.710.953	2,8%	0,19%	22.328.387	9,4%	0,80%
Glas, Keramik, Zement	23	3.173	2.926.129	40.557.208	7,2%	0,01%	12.454.588	23,5%	0,99%
- Glas und Glaswaren	23.1	403	888.246	10.383.596	8,6%	0,39%	3.455.187	25,7%	2,17%
- Keramikwerkstoffe	23.2	64	80.252	1.847.659	4,3%	-0,45%	509.973	15,7%	1,10%
- Fliesen u. Ziegel	23.3	144	339.968	2.544.116	13,4%	-0,72%	924.896	36,8%	-6,10%
- Porzellan	23.4	113	107.045	2.513.611	4,3%	-0,03%	1.031.937	10,4%	0,34%
- Zement, Kalk Gips	23.5	101	725.390	3.800.108	19,1%	0,74%	1.262.347	57,5%	5,42%
Metallerzeugung/-bearbeitung	24	1.060	5.835.064	113.998.136	5,1%	-0,93%	19.560.215	29,8%	-0,01%
- Roheisen, Stahl etc.	24.1	91	3.325.222	43.872.683	7,6%	-2,13%	7.148.853	46,5%	2,22%
- Nichteisenmetalle	24.4	212	1.170.512	37.900.093	3,1%	-0,58%	4.388.607	26,7%	-2,83%
- Gießereien	24.5	430	902.399	15.652.831	5,8%	-0,24%	4.609.337	19,6%	0,67%
Metallerzeugnisse	25	7.205	2.370.110	107.447.436	2,2%	0,29%	37.703.949	6,3%	0,69%
- DV-Geräte, elektr., optische Erzeugn.	26	1.805	695.701	70.285.230	1,0%	0,20%	22.962.660	3,0%	0,23%
Elektrische Ausrüstungen	27	2.179	1.126.954	113.979.694	1,0%	0,06%	37.413.597	3,0%	0,02%
Maschinenbau	28	5.997	2.302.215	232.357.492	1,0%	0,12%	75.115.266	3,1%	0,28%
Kraftwagen	29	1.337	2.814.586	376.637.578	0,7%	0,00%	78.627.559	3,6%	-0,80%
Sonstiger Fahrzeugbau	30	303	301.752	33.147.181	0,9%	0,15%	9.470.179	3,2%	0,44%
Möbel	31	1.024	267.264	17.462.266	1,5%	0,25%	5.381.187	5,0%	0,67%
Sonstige Waren	32	1.591	284.512	25.803.120	1,1%	0,06%	10.294.741	2,8%	0,06%
Reparatur u. Installation	33	2.231	260.174	31.541.190	0,8%	0,16%	10.380.157	2,5%	0,35%
SUMME		43.738	38.662.924	1.864.585.451	2,07%	-0,03%	504.213.888	7,67%	-0,23%

Abb. 8: Energiekosten und Energiekostenbelastung der Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes 2011; Daten: Destatis, Berechnungen: DUH.

Bei näherer Betrachtung entwickelte sich die relative Energiekostenbelastung einzelner Wirtschaftszweige aufgrund unterschiedlicher Wettbewerbsintensität und divergierender Produktivitätsentwicklungen nicht einheitlich. So ist zum Beispiel die relative Energiekostenbelastung der Stahlindustrie (Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen) zwischen 1998 und 2008 nahezu unverändert geblieben, stieg infolge der Wirtschaftskrisenjahre

¹⁴ Zur Definition: Der Bruttoproduktionswert (BPW) ist die Summe des Wertes aller Waren und Dienstleistungen. Die Bruttowertschöpfung (BWS) umfasst lediglich den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, also den Produktionswert (Waren und Dienstleistungen) abzüglich der Vorleistungen.

2009/2010 stark an, um 2011 wieder auf das Niveau von 2008 zu sinken. In der nachfolgenden Abbildung Abb. 9 ist der Verlauf der Energiekosten der wesentlichen energieintensiven Branchen dargestellt, sowie der Durchschnitt aller Wirtschaftszweige (rote Linie). Der Vergleich mit Abbildung Abb. 10 (Importpreisentwicklung für Erdgas, Importkohle und Rohöl) legt auch hier die Vermutung nahe, dass neben konjunkturellen Entwicklungen die Preisentwicklung bei den fossilen Brennstoffen ein Haupttreiber des insgesamt sehr moderat steigenden Energiekostenanteils an den Gesamtkosten war.

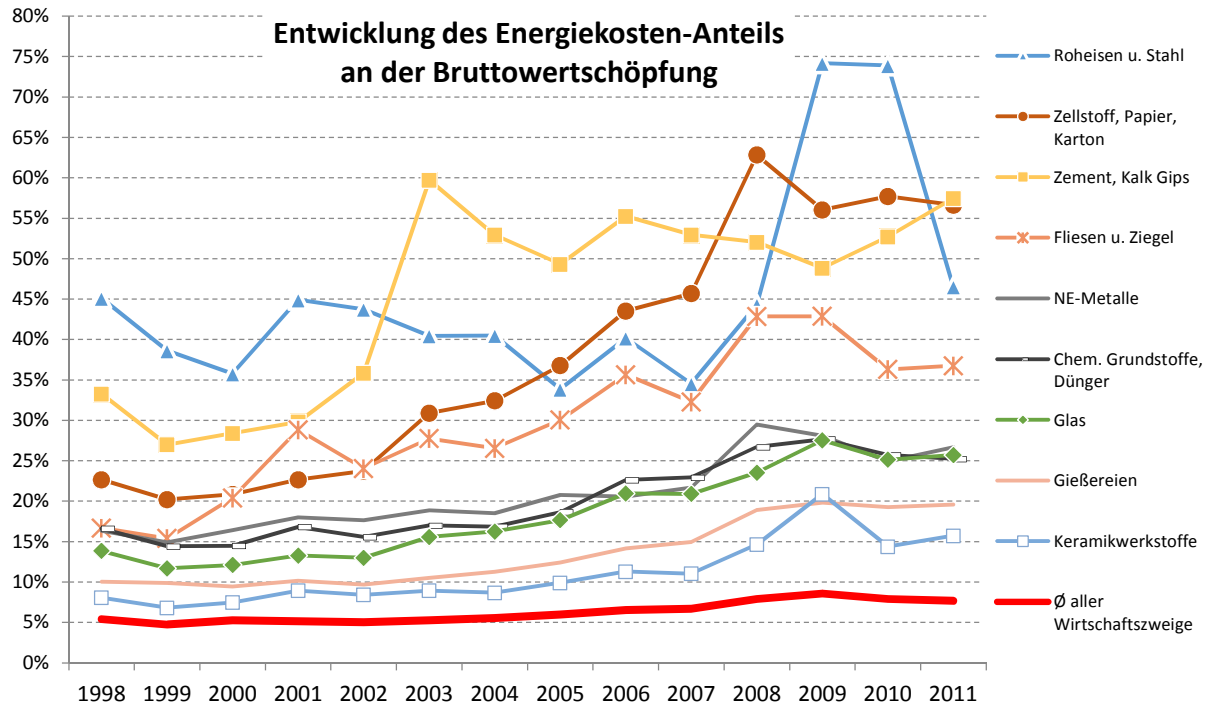


Abb. 9: Der Energiekostenanteil in der Industrie stieg in den letzten 15 Jahren bis auf wenige Branchen moderat; Daten: Destatis, Graphik: DUH.

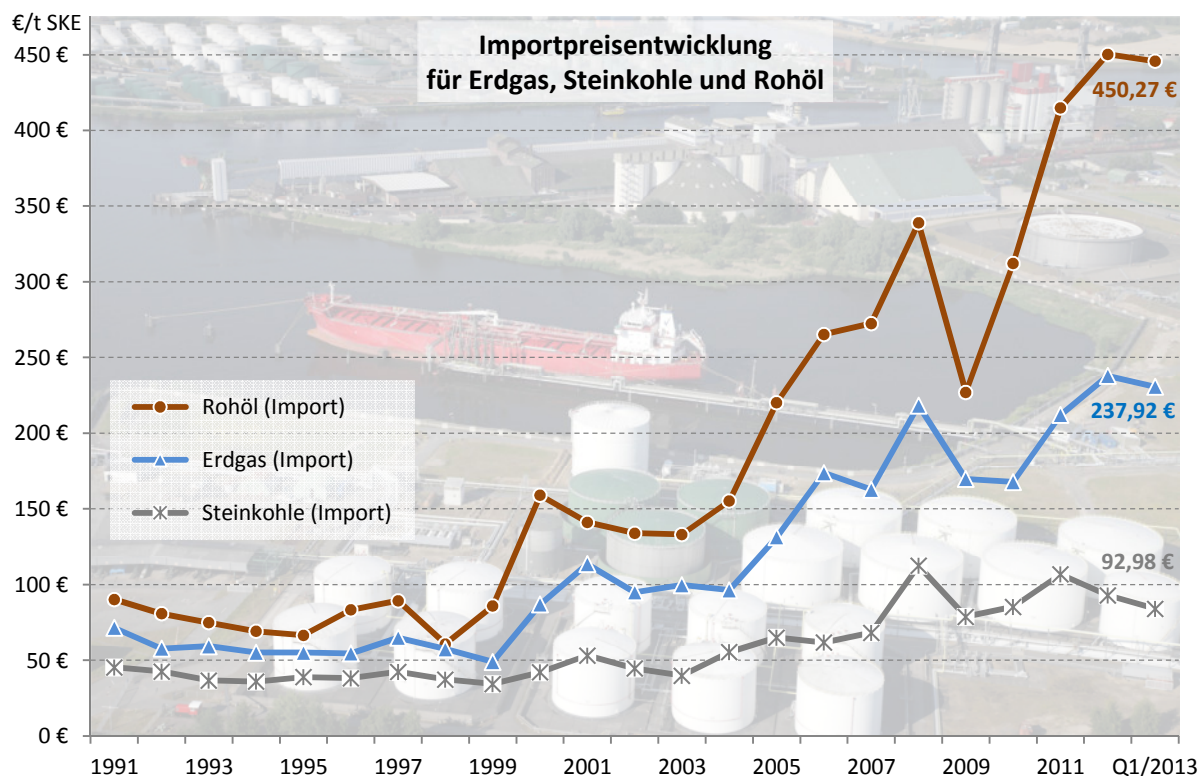


Abb. 10: Die Preise für den Import fossiler Energieträger sind in den letzten 20 Jahren teilweise drastisch gestiegen; Daten: BMWi, BAFA; Berechnungen und Graphik: DUH.

3.1 Industriestrompreise im europäischen Vergleich

Traditionell liegen die Industriestrompreise in Deutschland im internationalen Vergleich im oberen Bereich. Diese Tatsache hat die deutsche Industrie bisher nicht daran gehindert, Deutschland regelmäßig zum Exportweltmeister zu machen (oder zumindest in der Liste der Großexporteure ganz vorne dabei zu sein). Insbesondere seit Ausbruch der Eurokrise beweist die hiesige Industrie, dass sie international nicht nur mithalten kann, sondern die EU-Märkte geradezu dominiert, was inzwischen im europäischen Ausland regelmäßig den Vorwurf provoziert, Deutschland profitiere vom wirtschaftlichen Niedergang seiner europäischen Partner. Dennoch hat die Bundesregierung die Privilegierung nicht nur der energieintensiven und/oder im internationalen Wettbewerb stehenden Industrie im vergangenen und im laufenden Jahr erneut ausgeweitet – zunächst mit der Netzentgeltbefreiung für Industriebetriebe,¹⁵ die die Netze besonders stark auslasten, dann mit der Ausdehnung der EEG-Umlage-Befreiung (Besondere Ausgleichsregelung, BesAR)¹⁶ auf weitere Segmente der Industrie, schließlich mit der Weiterführung des so genannten Spitzenausgleichs im Rahmen der Ökosteuern-Befreiung bis 2022 praktisch ohne Gegenleistung.¹⁷ Den Wirtschaftspolitikern von CDU/CSU und FDP im Bundestag ist das noch nicht genug. Um „erhebliche Wettbewerbsnachteile“ der deutschen Wirtschaft auszugleichen, müsse über „noch wirksamere Entlastungen nachgedacht“ werden, forderten

¹⁵ Im Sommer 2011, wirksam rückwirkend zum 1. Januar 2011.

¹⁶ Im Rahmen der EEG-Änderung vom 22.12.2011, wirksam seit 1.1.2012.

¹⁷ Im Deutschen Bundestag verabschiedet am 08.11.2012; siehe auch die Stellungnahme und Pressemitteilung „Spitzenausgleich bei der Ökosteuern: Das nächste Milliarden Geschenk für die Industrie“ unter: [http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=2945&cHash=de26a956ab7589bf95f9ebfaac7c1f28](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=2945&cHash=de26a956ab7589bf95f9ebfaac7c1f28).

die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Fraktion und die Arbeitsgruppe Wirtschaft der FDP bereits im September 2012 in einem gemeinsamen Beschluss.¹⁸

Weil jede Entlastung und Privilegierung der Industrie entweder von den nicht-privilegierten Stromverbrauchern über die EEG-Umlage oder von den Steuerzahlern aufgebracht werden muss, muss die Frage beantwortet werden, ob die Privilegien bzw. ihre Ausweitung auf immer mehr Unternehmen (noch) berechtigt sind. Da zudem zur Begründung für jede Privilegierung stets die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und Branchen und ihre Neigung, Produktionsstandorte in Strom-Billigländer zu verlagern, ins Feld geführt werden, ist die Entwicklung der Strompreise für energieintensive Unternehmen im internationalen Vergleich besonders aufschlussreich.

Die DUH hat deshalb die Entwicklung der Strompreise energieintensiver Betriebe in der EU im Jahresvergleich 2011/2012 genauer analysiert. Bei den besonders energieintensiven Betrieben (Jahresverbrauch 70 bis 150 Gigawattstunden, GWh) sank der Strompreis dank des durch die Erneuerbaren Energien ausgelösten Merit-Order-Effekts und der gleichzeitigen Befreiung dieser Betriebe von der EEG-Umlage um acht Prozent. Im selben Zeitraum stiegen die Industrie-Strompreise für energieintensive Betriebe in Italien, Großbritannien, Spanien und Frankreich zum Teil drastisch (Abb. 11).

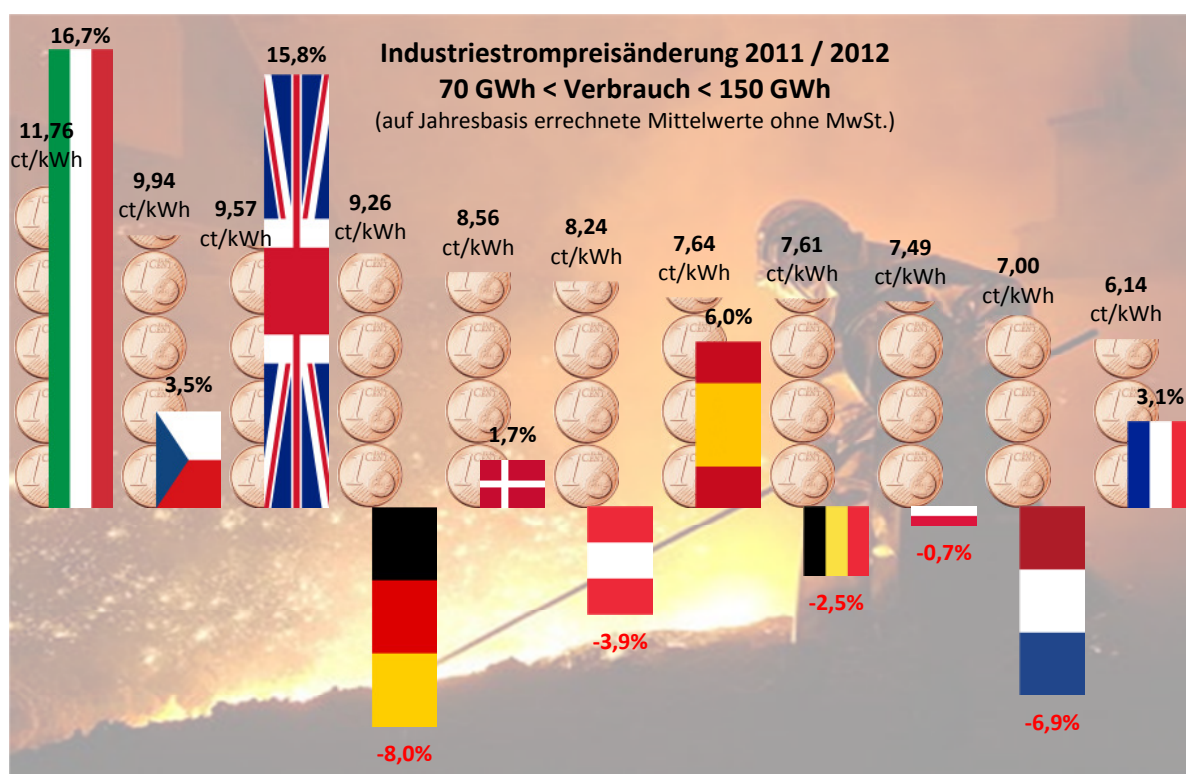


Abb. 11: Im Vergleich mit den europäischen Nachbarn sind zuletzt die Strombezugskosten für die besonders energieintensive deutsche Industrie (bis 150 GWh) am stärksten gesunken; Daten: Eurostat, Graphik: DUH.

Mit Abnahme des Stromverbrauchs der Unternehmen schwächt sich dieser Effekt stark ab (Abb. 12). Die deutschen Betriebe mit einem Stromverbrauch zwischen 2 und 20 GWh weisen im Jahresvergleich moderat steigende Strompreise aus, die sich jedoch kaum über der allge-

¹⁸ „Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern – industrielle Basis in Deutschland erhalten“, Beschluss der AG Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Fraktion und der AG-Wirtschaft der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 10.9.2012.

meinen Teuerungsrate bewegen (Abb. 13). Im Gegensatz dazu stiegen die Industriestrompreise in Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien auch in diesem Segment erheblich an.

Interessant ist ein erkennbarer Effekt des Booms der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie an Land, auf unsere unmittelbaren Nachbarn Niederlande und Polen. Auch dort sinken die durchschnittlichen Strompreise aufgrund des Erneuerbaren-Booms in Deutschland. Insofern haben Klagen aus Polen über den ungeliebten Ökostrom aus Deutschland eine pikante Note: Sie führten nämlich dort weniger zu Netzproblemen als dazu, dass dortige Betriebe in Starkwindphasen lieber günstigen deutschen Ökostrom kaufen als teureren Strom aus polnischen Kohlekraftwerken, die sich überwiegend in Staatsbesitz befinden.¹⁹

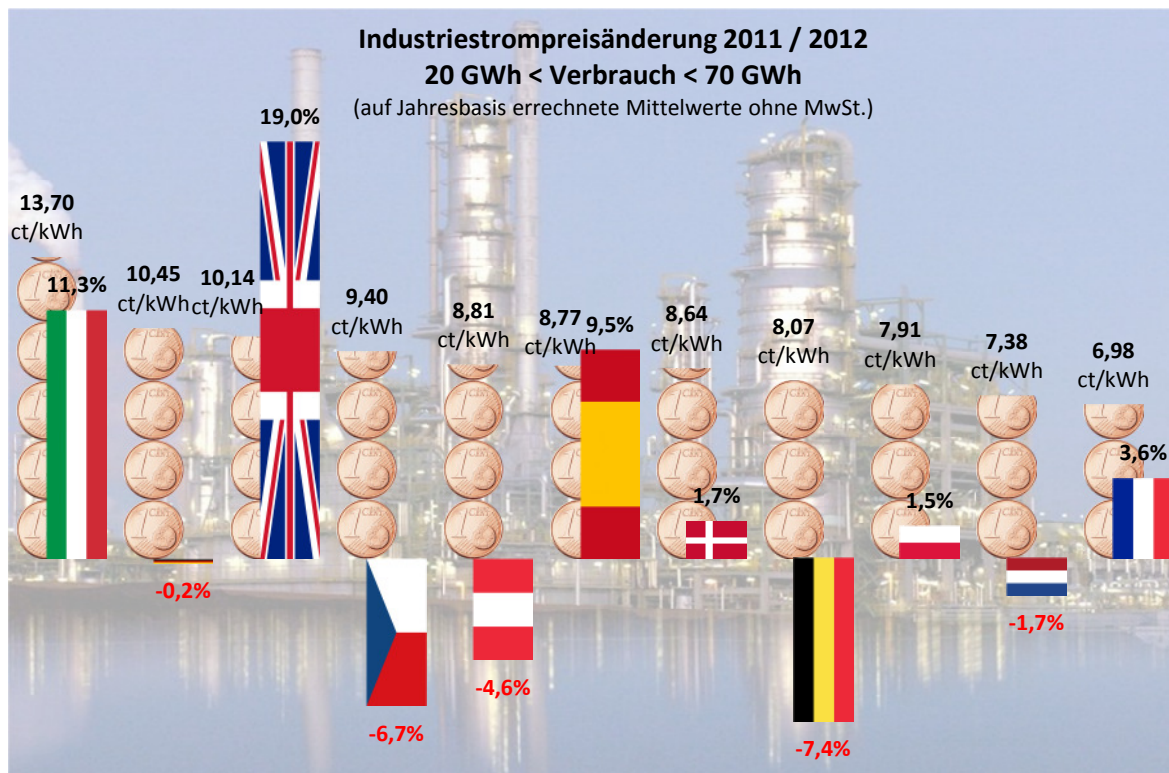


Abb. 12: Der Strompreis für deutsche, energieintensive Industriebetriebe (bis 70.000 MWh Verbrauch) ist im Jahresvergleich unverändert geblieben während wichtige Wettbewerbsländer teilweise deutliche Preiserhöhungen hinnehmen mussten; Daten: Eurostat, Graphik: DUH.

¹⁹ Polen hat dieser Entwicklung inzwischen buchstäblich einen Riegel („Phasenschieber“) vorgeschoben und errichtet an der Grenze Strombarrieren gegen deutschen Billigstrom.

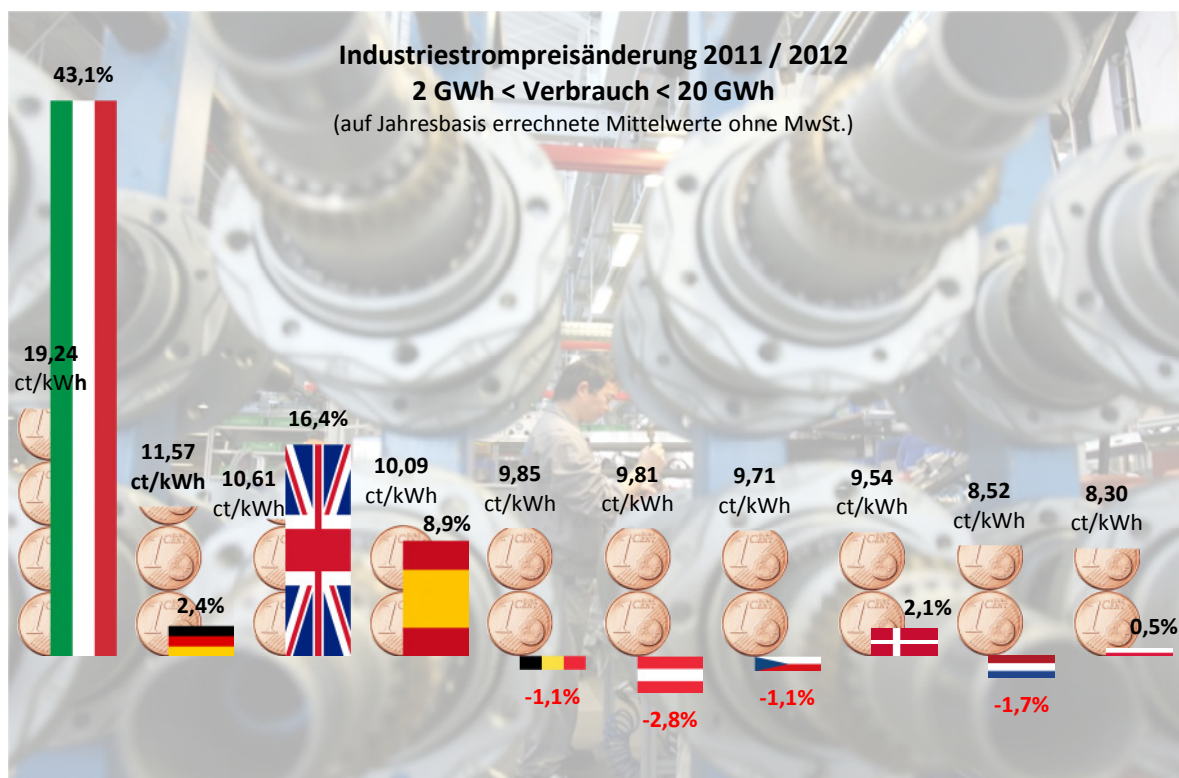


Abb. 13: Für deutsche Industriebetriebe mit bis zu 20 GWh Jahresverbrauch stieg der Strompreis zuletzt um 2,4 Prozent, während etwa italienische Betriebe dieser Kategorie über vierzig Prozent mehr für Strom bezahlen müssen als noch vor einem Jahr; Daten: Eurostat, Graphik: DUH.

Festzuhalten bleibt: Wie seit Jahrzehnten bewegen sich die deutschen Industriestrompreise im europäischen Vergleich im oberen Drittel. Der Strompreis für energieintensive Industrieunternehmen liegt heute etwa auf dem Niveau von 2007. Ähnlich sieht es für Industriebetriebe mit sehr hohen Stromverbräuchen aus. Der seit zwei Jahren anhaltende Niedergang der Strompreise an der Leipziger Börse (EEX) führt aktuell dazu, dass sich die strombezogene Wettbewerbssituation für energieintensive Betriebe gegenüber den wichtigsten EU-Ländern – mit Ausnahme von Frankreich – verbessert. (Abb. 14) Insgesamt liegen die Großhandelspreise in Deutschland inzwischen so niedrig, dass per Saldo immer mehr Strom ins Ausland exportiert wird. In diesem Jahr ist ein neues Allzeithoch zu erwarten.²⁰

²⁰ DUH, „Kohlekraftwerke treiben Stromexport in historische Höhen“, Pressemitteilung vom 2.8.2013; <http://l.duh.de/ggimy>

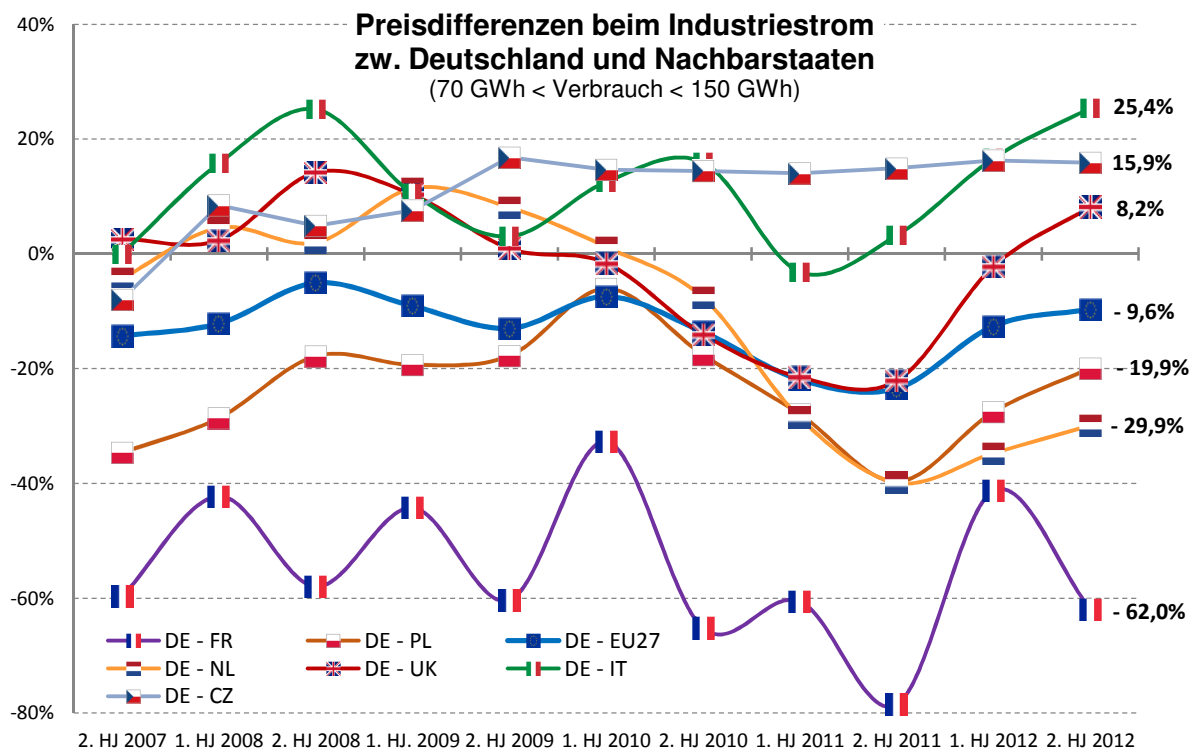


Abb. 14: Die Preisdifferenzen zwischen Industriestrom in Deutschland und benachbarten Industrienationen hat in den letzten beiden Jahren auf breiter Front abgenommen. Ausnahme: Frankreich; Quelle: Eurostat; Berechnungen und Graphik: DUH.

3.2 Ausnahmeregelungen für energieintensive Industrieunternehmen

Die bisherige Betrachtung zu den Strompreisen energieintensiver Unternehmen in der EU bildet eine Basis – aber allenfalls die halbe Wahrheit. Denn bei ihrer Analyse ist Vorsicht geboten. So erfolgt zwar die Datenerhebung des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) in den Mitgliedsländern prinzipiell einheitlich. Allerdings spiegeln sich Ausnahmeregelungen, die insbesondere bei der energieintensiven Industrie greifen, in den von der Statistikbehörde veröffentlichten Zahlen nicht wider. Das bedeutet: ein hoher Strompreis in der Eurostat-Statistik bedeutet nicht zwangsläufig hohe Strompreise für die energieintensive Industrie im jeweiligen Land. Das gilt ganz besonders für Deutschland mit seinen kaum mehr überschaubaren Ausnahme- und Privilegierungstatbeständen, die sich auf die unterschiedlichen Bestandteile beziehen, aus denen sich der Strompreis zusammensetzt. Dazu gehören zunächst die Kosten für Erzeugung und Transport, die Netznutzungsentgelte, die an die Netzbetreiber zu entrichten sind sowie die Konzessionsabgaben an die Kommunen. Einen weiteren Block bilden EEG- und KWK-Umlage, die §19-Umlage (StromNEV) sowie seit 2013 die Offshore-Haftungsumlage. Letztlich werden dem Strompreis noch Strom- und Mehrwertsteuer hinzuaddiert.

Hinsichtlich der einzelnen Strompreisbestandteile besteht für deutsche Industriebetriebe ein ganzes Bündel – manche sagen: ein Wildwuchs – an Vergünstigungen. Noch dazu variieren die Voraussetzungen für ihre Inanspruchnahme, beispielsweise wird der Begriff der „Energieintensivität“ auf unterschiedlichen Feldern jeweils unterschiedlich definiert.²¹

²¹ Zu den einzelnen Ausnahmeregelungen siehe: Arepo (2012), Befreiung der energieintensiven Industrie in Deutschland von Energieabgaben; http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Nachhaltigkeit/RLS-

Die Privilegien im Einzelnen:

a) Netzentgeltbefreiung

Netzentgelte werden von den Übertragungsnetzbetreibern für die Netznutzung erhoben. Nach §19 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) können energieintensive Unternehmen von der Zahlung der Netzentgelte teilweise (bis dato unter bestimmten Voraussetzungen sogar vollständig²²) befreit werden. Weitere Netzentgeltermäßigungen sieht § 19 Abs. 2 StromNEV für sog. „atypische Netznutzungen“ vor.

Zum Vergleich: Privathaushalte mussten im Jahr 2012 im Durchschnitt mehr als 6 Ct/kWh an Netzentgelten bezahlen. Die durch die weitgehenden Vergünstigungen entstehenden Mehrkosten werden, ähnlich wie bei der EEG-Umlage, größtenteils auf nicht-privilegierte Netznutzer über die sog. „§19-Umlage“ umgelegt. Danach zahlen Privathaushalte und Kleingewerbe aktuell 0,329 Ct/kWh (2012: 0,151 Ct/kWh), während stromintensive Unternehmen lediglich 0,025 Ct/kWh bezahlen müssen.

Vergünstigungen	2012
Netzentgelte (atypische Nutzer)	140 Mio.
Netzentgelte (energieintensive Industrie)	300 Mio.

Die Gesamtvergünstigungen bei den Netzentgelten im Jahr 2012 dürften weitaus höher gelegen haben. Aufgrund von Prognosefehlern bei der Neuregelung im September 2011 geht das FÖS von einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 150 bis 200 Mio. Euro aus, der zwar genehmigt, aber noch nicht in die bereits geleistete §19-Umlage des Jahres 2012 eingeflossen ist. Der Fehlbetrag dürfte folglich in die Berechnung der §19-Umlage für das Jahr 2014 einfließen.²³

b) Konzessionsabgabe

Die Konzessionsabgabe wird von den Kommunen für die Nutzung des öffentlichen Raumes (für Leitungen etc.) erhoben. Laut der Konzessionsabgabeverordnung beträgt diese für Tarifkunden zwischen 1,32 Ct/kWh und 2,39 Ct/kWh (je nach Einwohnerzahl und Netzspannung der Kommune). Für Sondervertragskunden beträgt die Konzessionsabgabe dagegen maximal 0,11 Ct/kWh, in Sonderfällen ist sogar eine vollständige Erlassung vorgesehen. Wer Sondervertragskunde ist und wer nicht, können die Versorger mit den Abnehmern i.d.R. selbst vereinbaren. Die stromintensive Industrie ist fast immer dabei.

[Studie Energieintensive Industrie.pdf](#); FÖS/IZES (2012): Strom- und Energiekosten der Industrie – Pauschale Vergünstigungen auf dem Prüfstand; <http://www.foes.de/pdf/2012-06-14-FOES-IZES-Verguenstigungen-Industrie-lang.pdf>; BDEW (2013): Strompreisanalyse Mai 2013; [http://www.bdew.de/internet.nsf/id/123176ABDD9ECE5DC1257AA20040E368/\\$file/13%2005%2027%20BDEW-Strompreisanalyse_Mai%202013.pdf](http://www.bdew.de/internet.nsf/id/123176ABDD9ECE5DC1257AA20040E368/$file/13%2005%2027%20BDEW-Strompreisanalyse_Mai%202013.pdf). Zum Volumen der Befreiungen: BMU/BMWi (2012): Erster Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“; <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/erster-monitoring-bericht-energie-der-zukunft,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

²² Die Änderung des § 19 Abs. 2 StromNEV, wonach Verbraucher bei einer Stromabnahme von mehr als 10 GWh pro Jahr und einer Benutzungsstundenzahl von über 7.000 Stunden grundsätzlich von Netzentgelten befreit werden, wurde zunächst – „auf Zuruf“ der Wirtschaftsvereinigung Metalle – vom Bundestag mit den Stimmen von Union und FDP Ende Juni 2011 beschlossen (Die Änderung trat rückwirkend für das Jahr 2011 am 28.7.2011 in Kraft). Nachdem das OLG Düsseldorf die Regelung im März 2013 gekippt hatte und die EU-Kommission im selben Monat ein Beihilfeverfahren ankündigte, legte das BMWi umgehend einen Änderungsentwurf vor mit dem Ziel einer gestaffelten Netzgebühr statt der ursprünglichen Komplettbefreiung (Kabinettsbeschluss vom 29.5.2013).

²³ FÖS (2013): Ausnahmeregelungen bei den Stromnetzentgelten - Entwicklung und Ausblick, S. 5; <http://www.foes.de/pdf/2013-06-Ausnahmeregelungen-bei-Stromnetzentgelten.pdf>.

Vergünstigungen	2012
Konzessionsabgabe	3.600 Mio.

c) Strom- und Energiesteuer

Nach dem Stromsteuergesetz können sich energieintensive Unternehmen teilweise von der Stromsteuer befreien lassen (allg. Vergünstigungen, Begünstigung stromintensiver Prozesse, Spitzenausgleich). Hierbei bestehen viele Detailregelungen, insbesondere bei den allg. Vergünstigungen.

Vergünstigungen	2012
Energiesteuer	1.100 Mio.
Stromsteuer	3.760 Mio.

d) KWK-Umlage

Ähnlich wie bei der EEG-Umlage wird die Pflichtvergütung für KWK-Anlagen in Form einer Umlage auf die Energieverbraucher erhoben. Diese werden dabei in drei Gruppen unterteilt: Für die ersten 100 MWh muss jeder Verbraucher die reguläre KWK-Umlage zahlen, derzeit 0,126 Ct/kWh. Ab 100 MWh beträgt sie lediglich noch 0,06 Ct/kWh (Großverbraucher). Übertreffen die Stromkosten eines Unternehmens zusätzlich noch die 4-Prozent-Schwelle am Umsatz, beträgt die KWK-Umlage nur noch 0,025 Ct/kWh (energieintensiv).

Vergünstigungen	2012
Großverbraucher	4 Mio.
Energieintensiv	20 Mio.

e) EEG-Umlage

Gemäß § 40ff. EEG 2012 (Besonderen Ausgleichsregelung, BesAR) können sich Unternehmen des produzierenden Gewerbes von der EEG-Umlage (teilweise) befreien lassen, deren Jahresverbrauch 1 GWh übersteigt und deren Anteil der Energiekosten an der Bruttowertschöpfung (BWS) 14 Prozent übersteigt. Sind die Bedingungen erfüllt, greift eine stufenweise Entlastung (1 GWh – 10 GWh: Zahlung von 10% der EEG-Umlage; 10 – 100 GWh: Zahlung von 1% der EEG-Umlage; mehr als 100 GWh: Zahlung von 0,05 Ct/kWh EEG-Umlage). Liegen das Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung über 20 Prozent und der Jahresstromverbrauch über 100 Gigawattstunden, zahlen diese Betriebe bereits ab der ersten Kilowattstunde nur 0,05 Ct/kWh an EEG-Umlage.

Darüber hinaus ist eigenproduzierter Strom vollständig von der EEG-Umlage befreit, solange er nicht durch das öffentliche Netz geleitet wird („Eigenstromprivileg“).

Vergünstigungen	2012
BesAR	2.715 Mio.
Eigenstromprivileg	1.600 Mio.

Aufgrund der in diesem Jahr erneut stark gestiegenen Anträge auf Vergünstigungen bei der EEG-Umlage ist damit zu rechnen, dass die Entlastung allein bei der Besonderen Ausgleichs-

regelung für 2013 auf fast 5 Mrd. Euro ansteigen wird. Der folgenden Tabelle kann entnommen werden, welche Branchen wie stark profitieren (Abb. 15).

Privilegierte Strommengen im Antragsverfahren 2012 für Verbrauchsjahr 2013 (nach Branchen 2-stellig)	Unternehmen der Branche (2011)	Abnahmestellen	privilegierte Strommenge [in GWh]	reduzierter EEG-Umlagebeitrag	voller EEG-Umlagebeitrag	rechnerische Umlagesparnis (§ 40ff. EEG)	Energiekostenanteil (2011) der Branche an BWS
00 - Schienenbahn		53	4.833,24	2.416.621 €	255.050.184 €	252.633.563 €	-
05 - Kohlenbergbau	5	34*	2.805,60	2.933.800 €	148.051.460 €	145.117.660 €	22,3%
06 - Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	24**	401,47	1.237.705 €	21.185.668 €	19.947.963 €	5,1%
08 - Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	359	171	543,39	2.867.481 €	28.674.806 €	25.807.326 €	28,2%
09 - Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau	14	1	37,12	57.521 €	1.958.832 €	1.901.310 €	5,3%
10 - Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	5.339	337	3.463,51	16.232.319 €	182.769.208 €	166.536.889 €	13,7%
11 - Getränkeherstellung	578	37	328,80	1.735.101 €	17.351.009 €	15.615.908 €	8,6%
13/14 - Herstellung von Textilien / Bekleidung	730 / 305	53	743,05	2.657.522 €	39.210.547 €	36.553.025 €	13,0%/2,2%
15 - Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	144	2	23,15	97.702 €	1.221.474 €	1.123.772 €	3,8%
16 - Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	1.205	97	2.776,25	5.611.165 €	146.502.589 €	140.891.425 €	16,4%
17 - Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	950	122	13.171,22	6.585.611 €	695.045.434 €	688.459.822 €	28,6%
18 - Herstell. v. Druckerzeug.; Vervielfält.Ton-, Bild- & Datenträger	1.472	19	238,00	937.722 €	12.559.214 €	11.621.492 €	7,7%
19 - Kokerel und Mineralölverarbeitung	65	10	2.120,59	1.515.432 €	111.903.501 €	110.388.070 €	3,2%
20 - Herstellung von chemischen Erzeugnissen	1.568	226	24.476,40	12.238.199 €	1.291.619.487 €	1.279.381.288 €	19,4%
21 - Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	324	2	53,91	113.937 €	2.844.914 €	2.730.978 €	3,2%
22 - Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	3.123	294	3.104,42	14.204.849 €	163.820.118 €	149.615.269 €	9,4%
23 - Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik	3.173	241	7.665,05	14.346.077 €	404.484.549 €	390.138.472 €	23,5%
24 - Metallherzeugung und -bearbeitung	1.060	220	23.614,72	11.807.360 €	1.246.148.791 €	1.234.341.431 €	29,8%
25 - Herstellung von Metallherzeugnissen	7.205	217	1.736,38	9.162.883 €	91.628.827 €	82.465.944 €	6,3%
26 - Herstell. v. Datenverarbeitungsgeräten, el. & opt. Erzeugnissen	1.805	25	944,51	1.567.008 €	49.841.530 €	48.274.522 €	3,0%
27 - Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2.179	14	484,82	854.253 €	25.584.132 €	24.729.879 €	3,0%
28 - Maschinenbau	5.997	15	169,88	730.804 €	8.964.830 €	8.234.026 €	3,1%
29 - Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1.337	22	262,14	1.078.692 €	13.833.028 €	12.754.336 €	3,6%
31 - Herstellung von Möbeln	1.024	4	20,74	109.452 €	1.094.522 €	985.070 €	3,2%
32 - Herstellung von sonstigen Waren	1.591	1	2,41	12.714 €	127.136 €	114.422 €	5,0%
38 - Sammlung, Behandlung u. Beseitigung von Abfällen;		24	194,44	1.026.085 €	10.260.851 €	9.234.766 €	-
Gesamtergebnis		2.207	94.215,21	112.138.014 €	4.971.736.642 €	4.859.598.628 €	

*) 27x RAG (NRW); 6x Vattenfall Europe Mining (BB)

**) ExxonMobil (NI)

Abb. 15: Privilegierte Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Schienenbahnen werden im laufenden Jahr 2013 voraussichtlich mit fast 5 Milliarden Euro von der EEG-Umlage entlastet werden. Daten: BAFA, Destatis; Berechnungen: DUH.

Rasante Entwicklung der Industrie-Vergünstigungen seit Antritt von Schwarz-gelb

Im ersten Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft" der Bundesregierung zur Energiewende hat das Bundeswirtschaftsministerium Ende 2012 dankenswerterweise alle Privilegien für die energieintensive Industrie im Stromsektor tabellarisch zusammengefasst. Allerdings hat sie versäumt, einen Strich drunter zu ziehen und die Summe zu bilden. Das hat nun die DUH getan. Ergebnis: seit 2009, also seit Antritt der Regierung Merkel/Westerwelle/Rösler, hat sich die Summe der Privilegien für die energieintensive Industrie im Stromsektor rasant nach oben entwickelt von rund 6,8 Mrd. Euro auf 9,5 Mrd. Euro im vergangenen Jahr. Dabei sind die von Kommunen gewährten Befreiungen von den Konzessionsabgaben, die sich ebenfalls auf Milliardenhöhe bewegen, noch gar nicht erfasst (Abb. 16). Nicht einmal mehr für die Hälfte des Industriestromverbrauchs in Deutschland wird die volle EEG-Umlage erhoben (Abb. 17). Und von den für 2013 prognostizierten EEG-Umlagekosten von 20,4 Mrd. Euro zahlt die Industrie nur noch 30 Prozent (6,1 Mrd. Euro, Abb. 18).

Bei all dem ist gar nicht sicher, ob eine Entlastung von Strom- und Energiekosten automatisch zu besseren Ergebnissen der privilegierten Unternehmen führt. Die Vorstellung die niedrigsten Produktionskosten würden quasi automatisch zu höherer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Produzenten führen, ist nämlich nicht unstrittig. Im Abschlussbericht zu einem Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesfinanzministeriums berichtet das DIW über Beobachtungen, wonach die Produktion bestimmter Wirtschaftsgüter fortgeführt und sogar zusätzliche Investitionen getätigt worden seien, „gerade in Regionen mit hohen Energiepreisen, Lohnkos-

ten oder Steuern“. Dies lasse darauf schließen, dass andere Faktoren dem Produzenten ermöglichen, trotz höherer Energiepreise oder Löhne nicht an Absatz einzubüßen.²⁴

Strompreisvergünstigungen für Industrie (in Mio. Euro)		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Mindereinnahmen bei der Energiesteuer	Energiesteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	0	117	560	586	586	590	625	630
	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft	342	313	236	315	317	318	150	150
	Energiesteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich)	240	240	170	162	146	173	195	220
Mindereinnahmen bei der Stromsteuer	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft	1.850	1.850	2.100	2.100	2.200	2.200	830	1.100
	Stromsteuerbegünstigung für bestimmte Prozesse und Verfahren	0	16	300	300	367	393	530	580
	Stromsteuerbegünstigung für Unternehmen des produzierenden Gewerbes in Sonderfällen (Spitzenausgleich)	1.700	1.700	1.700	1.800	1.758	1.766	2.050	2.080
Entlastungsregelungen der Wirtschaft bei EEG, KWKG, Netzentgelten und Regelungen zur Konzessionsabgabe	EEG Besondere Ausgleichsregelung	345	485	630	759	740	1.455	2.736	2.715
	EEG Eigenstromprivileg	279	295	379	414	477	754	1.521	1.600
	KWKG Ermäßigung (Großverbraucher)	267	235	172	118	107	63	8	4
	KWKG Ermäßigung (energieintensive Industrie)	103	92	76	60	52	40	18	20
	Netzentgelte (atypische Nutzer)	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	137	163	140
	Netzentgelte (energieintensive Industrie)	k.A.	k.A.	34	26	27	33	220	300
	Konzessionsabgabe	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	3.500	3.600	3.600
Gesamtvolumen (ohne Konzessionsabgabe)*		5.126	5.343	6.357	6.640	6.777	7.922	9.046	9.539

*) Für die Vergleichbarkeit der Gesamtvolumina bleiben die Vergünstigungen bei den Konzessionsabgaben unberücksichtigt, da hierzu keine Erhebungen für die Jahre 2005 bis 2008 vorliegen.

Abb. 16: Die jährlichen Strompreisentlastungen für die Industrie sind in den vier Jahren schwarz-gelber Bundesregierung stark gestiegen; Daten: BMWi/BMU, Erster Monitoringbericht „Energie der Zukunft“, BMF, 21. - 23. Subventionsbericht, Zusammenstellung: DUH.

²⁴ Neuhoff (DIW, 2011), „Untersuchung des Energiesparpotentials für das Nachfolgemodell ab dem Jahr 2013ff zu den Steuerbegünstigungen für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft bei der Energie- und Stromsteuer – Endbericht des Forschungsvorhabens im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, S. 109; http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Zoll/Energiebesteuerung/2011-12-20-Gutachten_DIW_Anlage.pdf?blob=publicationFile&v=3

Industriestromverbrauch 2013 gemäß Prognose zur EEG-Umlage 2013: **243,1 TWh**

EEG-Umlagenbefreiung nach §37 EEG: Eigenverbrauch aus eigenen Stromerzeugungsanlagen der Industrie: rd. 30-40 TWh

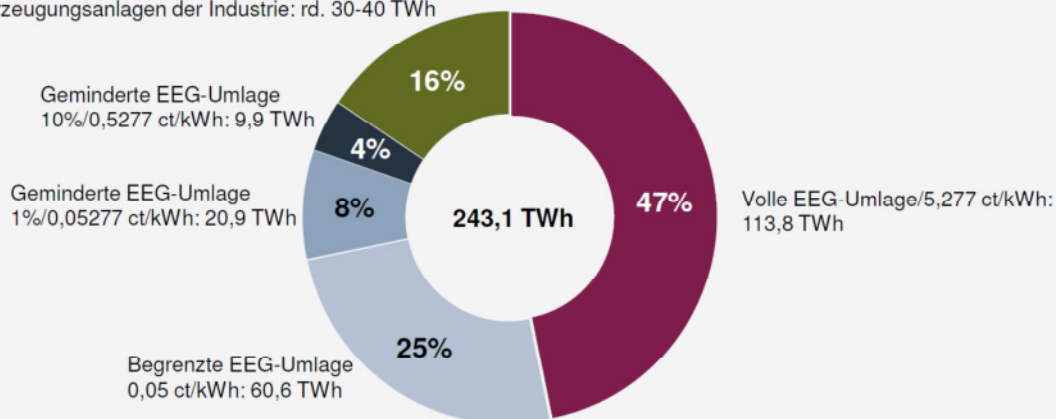


Abb. 17: Die Industrie zahlt nur für knapp die Hälfte des Stromverbrauchs die volle EEG-Umlage; Quelle: BDEW.

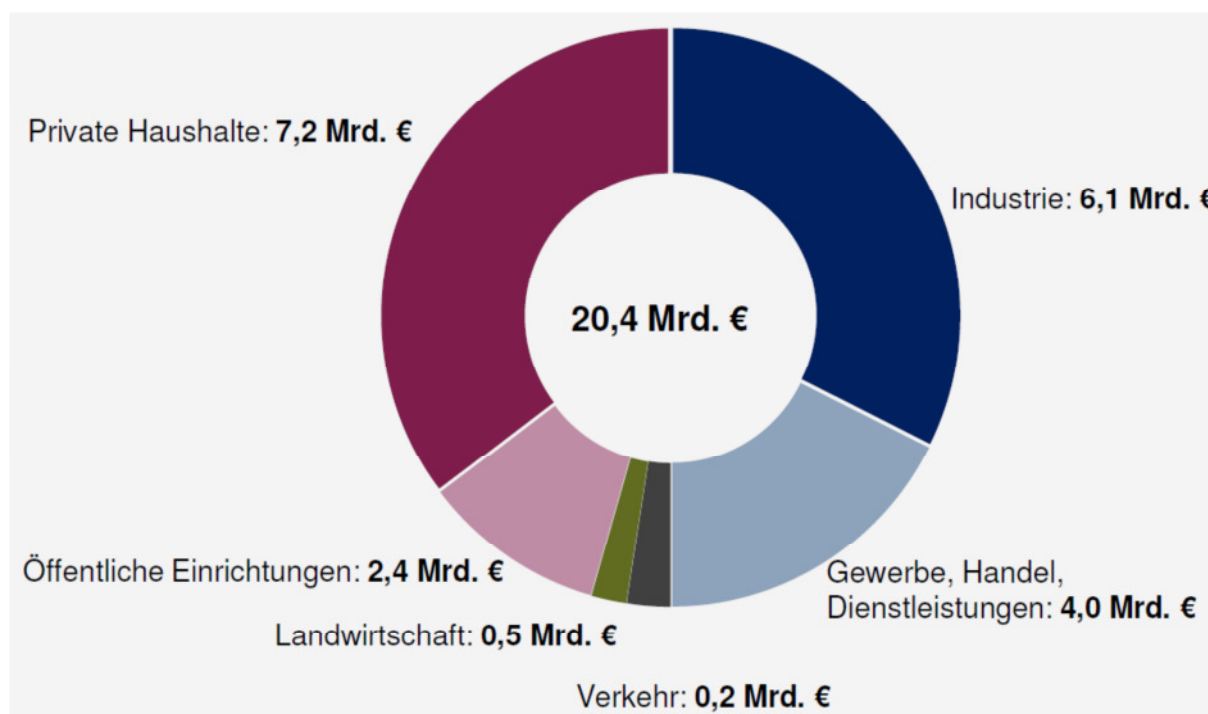


Abb. 18: Von den für 2013 prognostizierten EEG-Kosten (20,4 Mrd. €) trägt die Industrie lediglich 30 Prozent (6,1 Mrd. €), obgleich sie fast die Hälfte des deutschen Stroms verbraucht; Quelle: BDEW.

Man kann es nicht oft genug wiederholen: jede Milliarde Entlastung der Industrie müssen private Stromverbraucher und die nicht-privilegierten Unternehmen zusätzlich aufbringen. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2012 merkte, dass sich angesichts der ungerechten Lastenteilung bei den EEG-Umlagekosten die öffentliche Stimmung nicht mehr gegen die Erneuerbaren Energien richtete, sondern zunehmend gegen die eigene Regierung, kündigte sie eine Überprüfung der Industrieprivilegien bei der EEG-Umlagen an. Man müsse sich "noch mal anschauen, ob es eigentlich richtig war, dass wir so viele Unternehmen rausgenommen haben" sagte Merkel.²⁵ Es würden nun mehr Unternehmen privilegiert als über-

²⁵ Angela Merkel, „Rede beim Deutschen Arbeitgebertag“ am 16.10.2012; <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2012/10/2012-10-16-kanzlerin-auf-arbeitgebertag.html;jsessionid=14B9CDC4F2750D8067D86356555%20D7568.s2t1?nn=74388>

haupt im internationalen Wettbewerb stehen. Die Einsicht der Kanzlerin kam zeitlich Monate bevor Peter Altmaier (CDU) den Gedanken als einen Punkt in seine „Strompreisbremse“ einbaute – neben Forderungen wie die nachträgliche Kürzung von EEG-Vergütungen, die Opposition und die Ländermehrheit ablehnten. Im Oktober 2012 hatte die Kanzlerin allerdings gar keine „Gegenleistungen“ für die Begrenzung der Industrieprivilegien im Sinn. Geschehen ist dennoch bis heute nichts. Im Gegenteil, das dicke Ende kommt noch.

Wie sich die erneut erleichterten Bedingungen für die EEG-Umlagen-Entlastung auswirken werden, ist auch für das Jahr 2014 bereits abschätzbar (Abb. 19). Die Antragsflut der Unternehmen ist noch einmal angeschwollen und bezieht sich nun nach Recherchen der DUH auf fast 120 Terawattstunden (TWh) – ein Fünftel des deutschen Bruttostromverbrauchs. Würden die Anträge allesamt genehmigt, würde sich die Fördersumme für die Industrie allein im Rahmen der Besonderen Ausgleichsregelung im Jahr 2014 bei einer angenommenen EEG-Umlage von 6,2 Ct/kWh auf dann mehr als 7 Mrd. Euro erhöhen (Abb. 20).

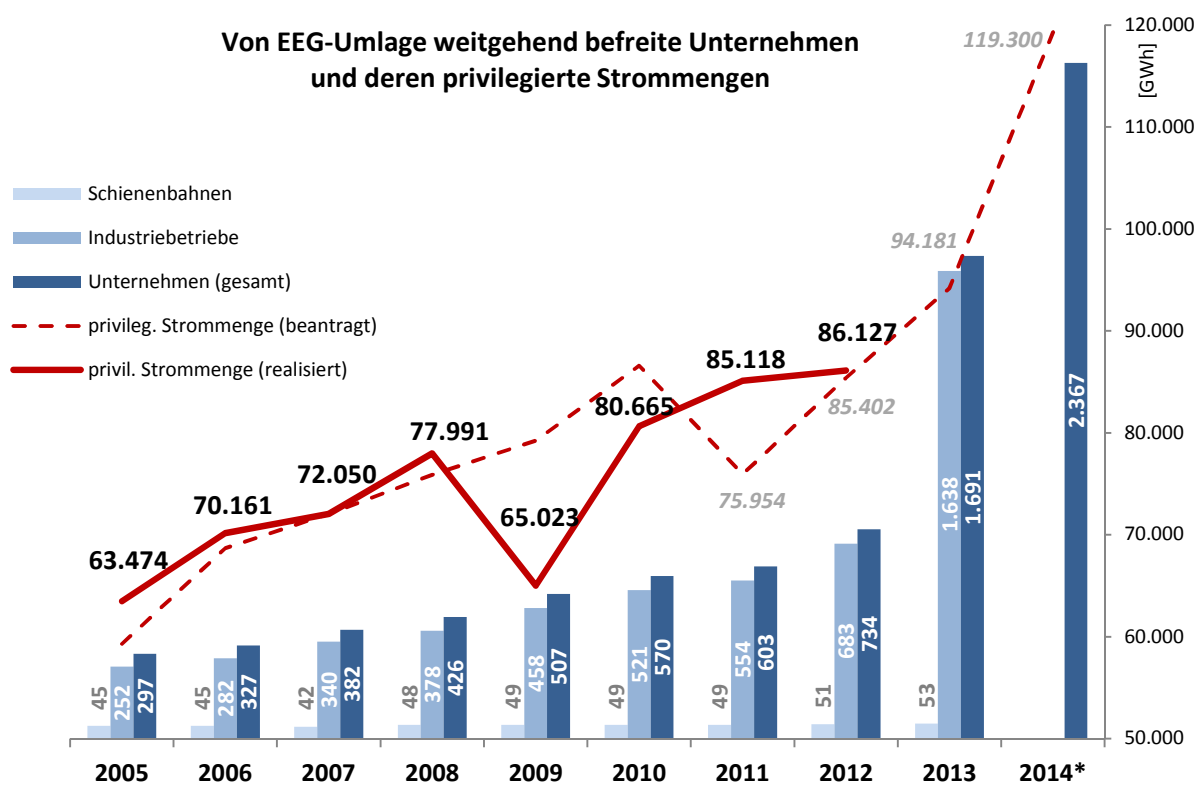


Abb. 19: Im größere Strommengen werden von der EEG-Umlage entlastet; Daten: ÜNB, BMU, BAFA, Graphik: DUH.

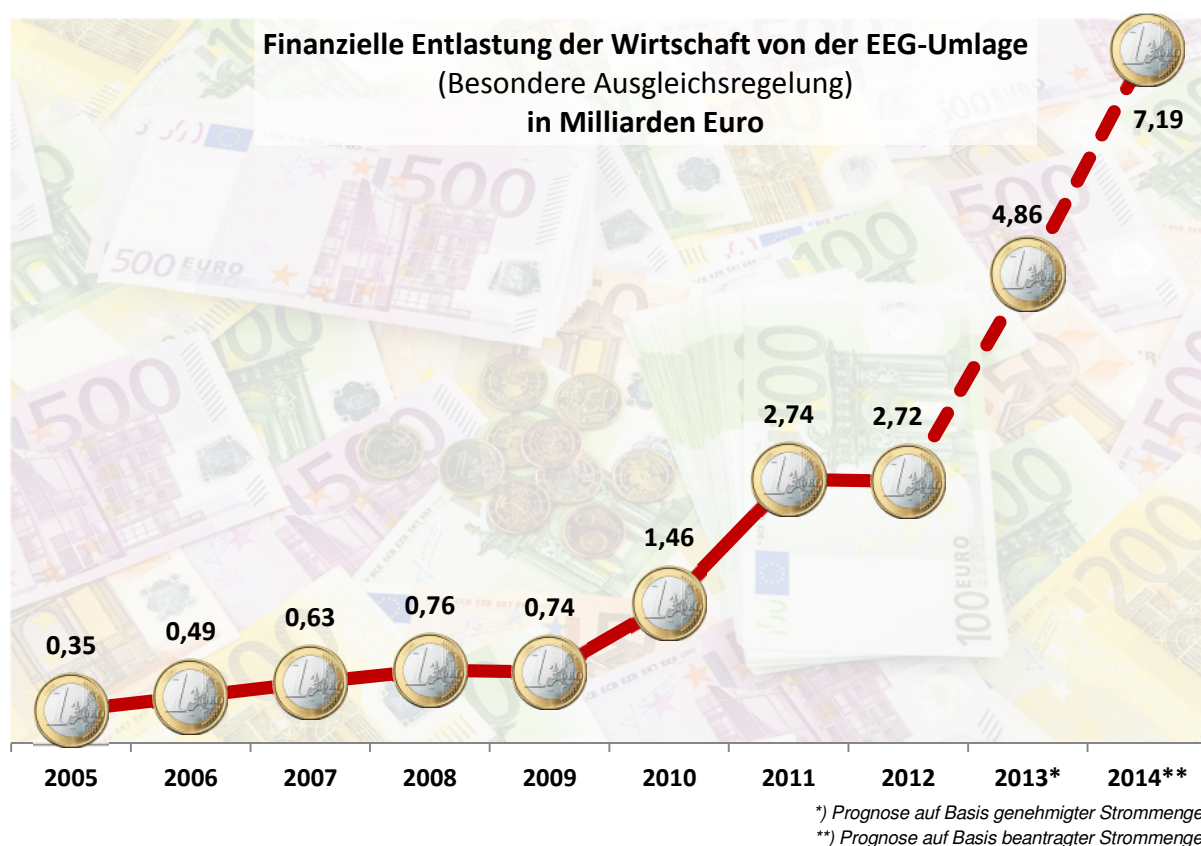


Abb. 20: Entwicklung der Entlastung der Wirtschaft von der EEG-Umlage auf Grundlage der Besar – Prognose 2014, für den Fall, dass alle vorliegenden Anträge genehmigt werden; Daten: BMU/BMWi, BAFA; Graphik: DUH.

3.3 Preisentwicklungen auf den Großhandelsmärkten für Strom

In den oben zusammengestellten Strompreisentlastungen ist die Börsenpreisentwicklung der letzten Jahre, von der insbesondere die energieintensive Industrie profitiert, noch nicht berücksichtigt. Da die Vergünstigungen oftmals in sehr großem Umfang gewährt werden, bleibt insbesondere bei energieintensiven Industriebetrieben der Börsenstrompreis als der letzte verbleibende und damit relevante Preisindikator übrig. Der Börsenstrompreis wiederum sinkt infolge der seit Jahren niedrigen CO₂-Zertifikatepreise, wegen der neuerdings wieder sinkenden Steinkohlepreise am Weltmarkt, vor allem aber wegen des verstärkten Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Der resultierende Merit-Order-Effekt reduzierte den durchschnittlichen Börsenstrompreis im Jahr 2010 um rund 5,30 Euro/MWh.²⁶ Bis 2012 stieg der preissenkende Effekt der Erneuerbaren nach Berechnungen des Öko-Instituts weiter auf schließlich etwa 10 Euro/MWh.²⁷ Sinkende Preise am Spotmarkt der Strombörse (EEX) können bereits seit fünf Jahren beobachtet werden. Seit 2008 sank der Preis für Grundlast- (Baseload-)Lieferungen um insgesamt über 40 Prozent (Abb. 21). Während 2008 der Spotmarktpreis für Baseload-Lieferungen im Mittel noch bei 65,76 EUR pro Megawattstunde lag, sank dieser im Jahrmittel 2012 auf 42,60 €/MWh. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres fiel der Durchschnittspreis für Baseload weiter auf nur mehr 37,26 €/MWh.

²⁶ Sensfuß (2011), Analysen zum Merit-Order Effekt erneuerbarer Energien, S. 8; http://www.erneuerbare-energien.de/fileadmin/ee-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gutachten_merit_order_2010_bf.pdf.

²⁷ Matthes (2013), Aktuelle Stromkosten für die energieintensiven Industrien in Deutschland, S. 6; <http://www.oeko.de/oekodoc/1796/2013-477-de.pdf>.

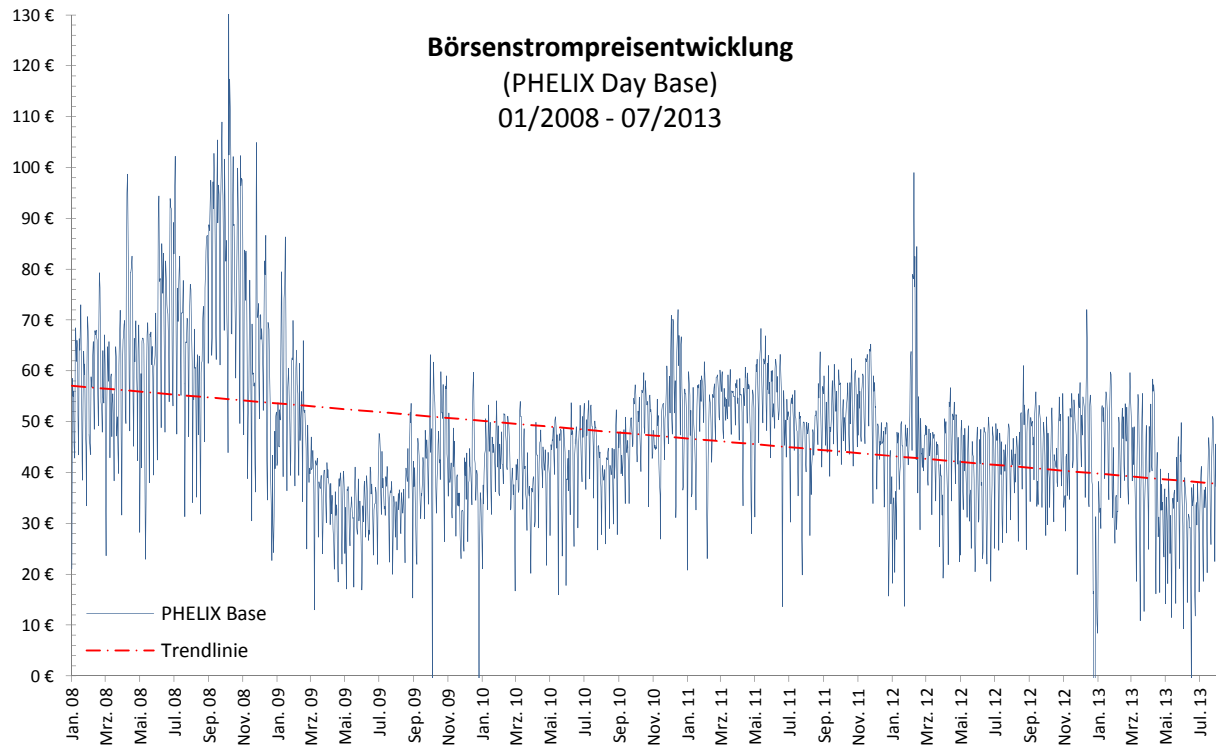


Abb. 21: Der Börsenstrompreis am Spotmarkt ist seit 2008 um mehr als 40 Prozent gesunken: PHELIX Base Durchschnittspreis 2008: 65,76 €, 1. HJ 2013: 37,26 €; Daten: EEX, Graphik: DUH.

Aber nicht nur der Spotmarkt, auch die Preisentwicklung auf den Terminmärkten der EEX zeigt den Einfluss der weiter wachsenden Einspeisung von erneuerbarem Strom und führt für die nächsten Jahre zu deutlich fallenden Großhandelspreisen (Abb. 22).

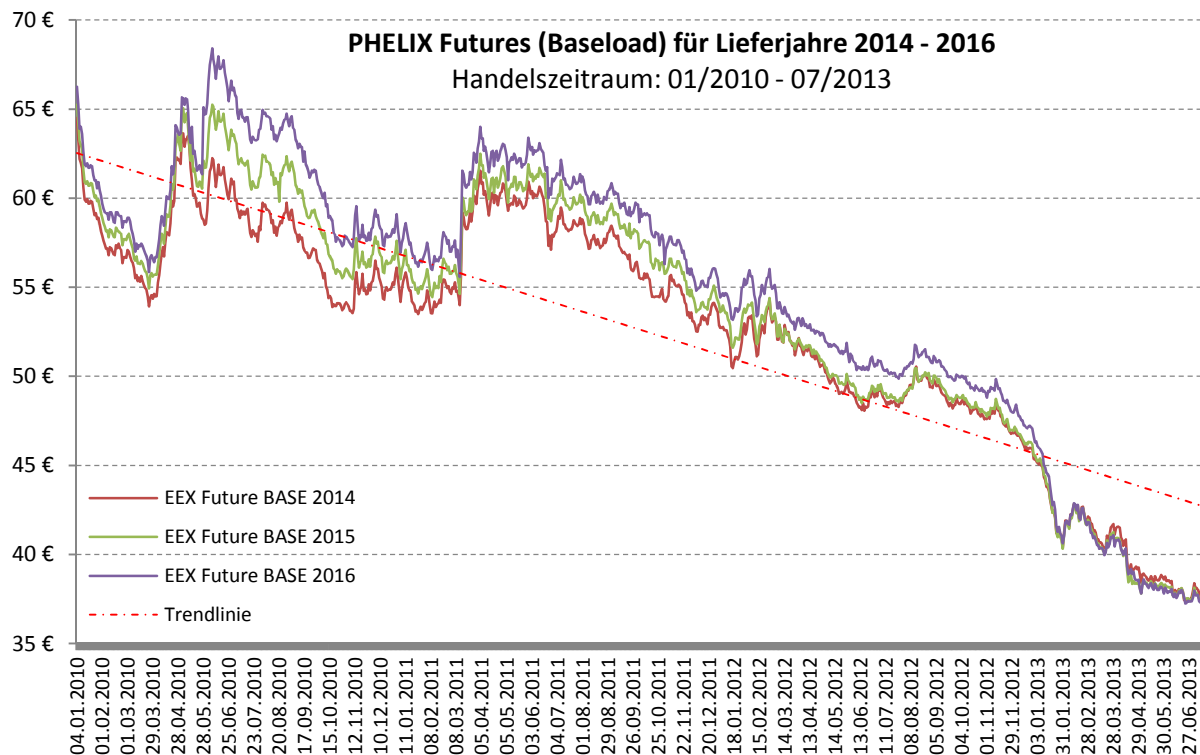


Abb. 22: An den Terminmärkten ist der Börsenpreis für Strom in den letzten zweieinhalb Jahren um ein Drittel gesunken; Daten: EEX, Graphik: DUH.

Große Stromverbraucher – und dazu gehört ein Großteil der energieintensiven Industrie (Chemie, Eisen & Stahl, Nichteisen-Metalle etc.) – orientieren ihren Strombezug an den Referenzpreisen der Strombörse. Sie können ihren Strombezug über Lieferung auf Termin aber auch im täglichen oder untertägigen Spothandel organisieren. Bei Terminlieferungen zahlen die Unternehmen leicht höhere Preise als am Spotmarkt, dämpfen aber die Volatilitätsrisiken der Spotmärkte. In der Realität strukturieren bzw. optimieren Großverbraucher ihren Strombezug durch ein Portfolio aus unterschiedlichen Termin- und Spotmarktprodukten. Im Ergebnis profitieren insbesondere stromintensive Industriezweige vom preissenkenden Effekt der Erneuerbaren Energien an der Börse, beteiligen sich aber wegen der verschiedenen Privilegierungen, beispielsweise der (teilweisen) Befreiung von der EEG-Umlage, nicht an deren Kosten.²⁸

Kompensation für CO₂-Kosten

Seit Jahresbeginn bietet die Bundesregierung energieintensiven Unternehmen darüber hinaus die Möglichkeit, sich die Internalisierung der Kosten des CO₂-Ausstoßes kompensieren zu lassen und damit die eigenen Stromkosten noch weiter zu senken. Laut Berechnungen des Öko-Instituts umfasst dies effektiv etwa 70 Prozent der eingepreisten CO₂-Kosten. Bei einem durchschnittlichen CO₂-Zertifikatspreis von aktuell 4,56 Euro verringert sich somit der Börsenstrompreis nachträglich um weitere 3,20 Euro/MWh.²⁹

3.4 Mittelständische stromintensive Unternehmen

Im Ergebnis aller bisherigen Analysen gibt es in Deutschland eine große Mehrheit von Industrieunternehmen, deren Stromrechnung für ihren Erfolg oder Misserfolg nicht maßgeblich ist. Diese Betriebe sind nicht energieintensiv und deshalb von Änderungen der Strompreise wenig betroffen. Es gibt eine andere Gruppe großer energieintensiver Unternehmen, die auf vielfältige Weise von staatlich bereitgestellten Privilegien und Kompensationen profitieren. Ihre Stromkosten sinken seit Jahren. Sie gewinnen – ganz entgegen den öffentlichen Äußerungen insbesondere von Verbandfunktionären – gegenüber ausländischen Wettbewerbern eher an Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt jedoch auch eine Gruppe von Unternehmen „zwischen Baum und Borke“: Sie sind relativ stromintensiv aber zu klein, um von den staatlichen Entlastungen profitieren zu können.

Aus ihren Reihen kommen auch jene drei Textilunternehmen, die unterstützt vom Gesamtverband, den Weg durch alle Gerichtsinstanzen gehen wollen, mit dem Ziel am Ende vom Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der EEG-Umlage feststellen zu lassen. Bisher wurden die entsprechenden Klagen von den Untergerichten abgewiesen. Die Klagen sind selbst innerhalb der Textilbranche nicht unumstritten. Der Chef des Textilunternehmens Trigema, Wolfgang Grupp, erklärte zu den Klagen, ein Unternehmen dürfe „nicht so geführt werden, dass durch Mehrkosten aufgrund der EEG-Umlage Arbeitnehmer entlassen werden müssen.“ Ein Unternehmer, der wegen des Strompreises Arbeitsplätze gefährde, müsse etwas falsch gemacht haben.

Für die DUH ist klar, dass sich nicht immer größere Teile der Industrie aus der solidarischen Finanzierung der Energiewende verabschieden dürfen und es zu milliardenschweren Umschichtungen bei der „nationalen Stromrechnung“ kommt. Insbesondere muss die Politik die

²⁸ Matthes (Fn. 27), S. 3.

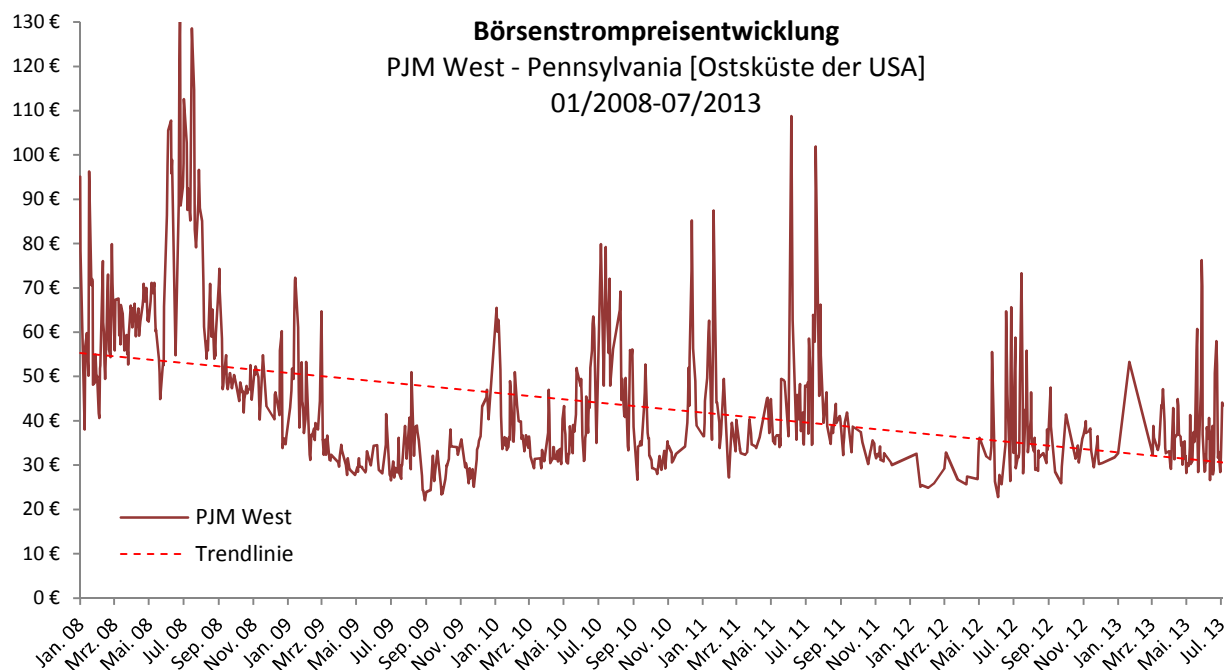
²⁹ Matthes (Fn. 27), S. 5.

Stromversorger veranlassen, nicht nur steigende, sondern auch sinkende Strombeschaffungskosten im Großhandel zeitnah an ihre Kunden weiterzugeben.

4. Strompreissituation in den USA

4.1 Preisentwicklungen auf den Großhandelsmärkten der USA

Es wurde bereits erwähnt, dass die Industriestrompreise in den USA traditionell niedriger liegen als in Europa, insbesondere in Deutschland. Im Zuge der großflächigen Shalegas-Gewinnung in den USA und in der Folge sinkender Erdgaspreise in den vergangenen Jahren wird kaum mehr hinterfragt, ob die tatsächliche Strompreisdifferenz dies- und jenseits des Atlantiks ausreicht, um beispielsweise Betriebsverlagerungen Richtung USA auszulösen. Die DUH hat sich die Großhandelspreise für Strom an unterschiedlichen Handelsplätzen in den USA und deren zeitliche Verläufe einmal genauer angeschaut. Wie in Deutschland – aber aus anderen Gründen – sind die Börsenpreise in den vergangenen Jahren im Mittel gesunken, bevor in jüngster Zeit eine Trendumkehr einsetzte. Ausgelöst wurde sie durch wieder ansteigende Erdgaspreise. Nun liegen die Großhandelspreise nicht weit entfernt von den inzwischen erreichten Börsenpreisen in Deutschland. Rechnet man die zahlreichen Privilegierungen der energieintensiven Unternehmen hierzulande hinzu, bleibt nicht viel übrig von einem Sog Richtung USA, der hier seit Monaten beschworen wird (Abb. 23 - Abb. 27). Auffällig sind die in den USA viel größeren Preisausschläge an den Börsen im Vergleich zur europäischen Strombörse in Leipzig.



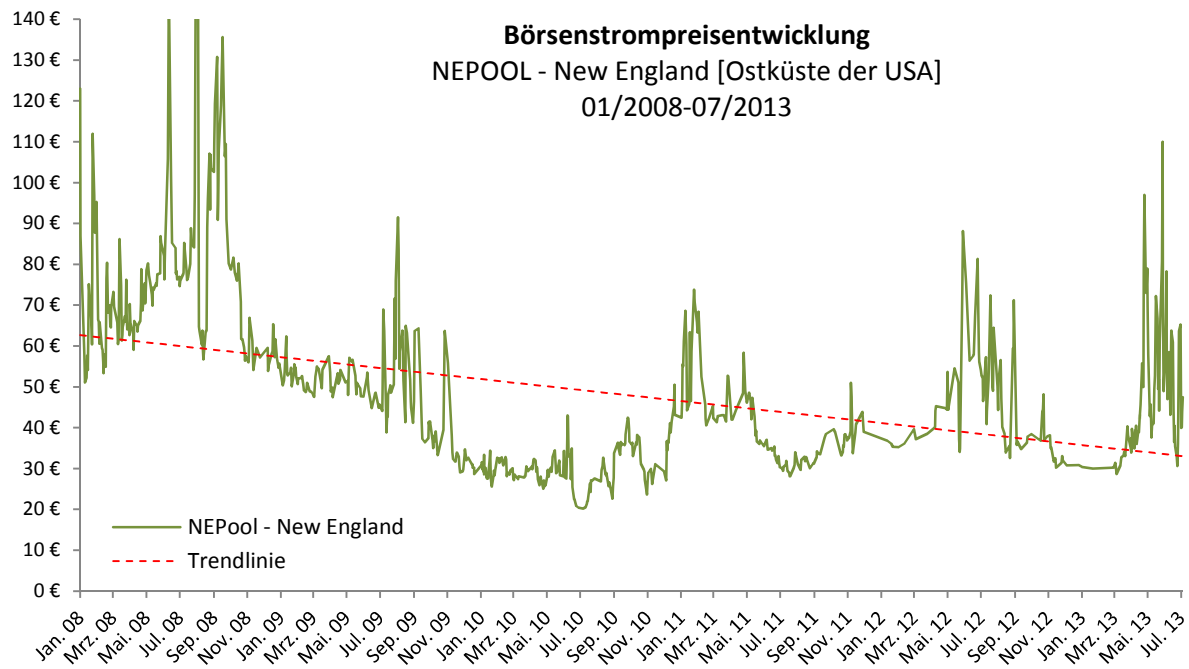


Abb. 23/24: Die Großhandelspreise für Strom sind an den Handelsplätzen entlang der Ostküste der USA [New England und Pennsylvania] seit 2008 von umgerechnet 60 € auf ein Niveau von 35 bis 40 € gesunken; Daten: U.S. Department of Energy, Graphiken: DUH.

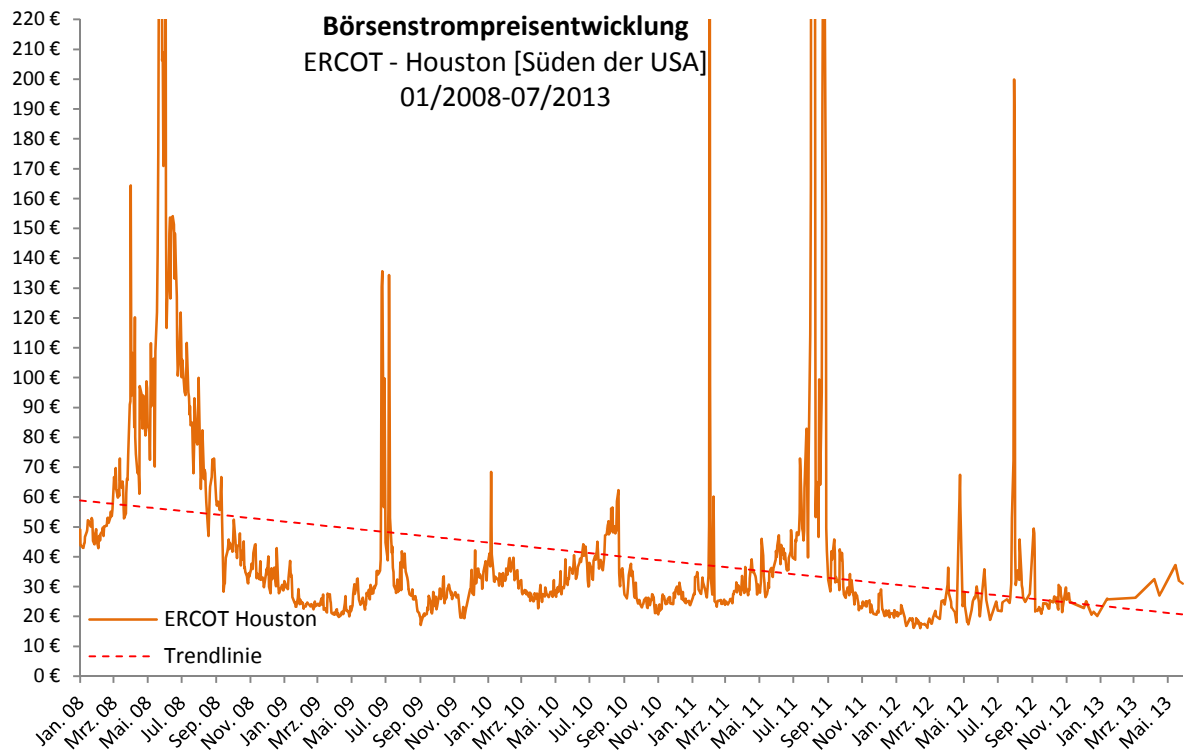


Abb. 25: Im Süden der USA, erreichen die Großhandelspreise häufiger ein Niveau unter 40 €, allerdings gibt es dort immer wieder Preisausschläge von weit über 300 €/MWh; Daten: U.S. Department of Energy, Graphik: DUH.

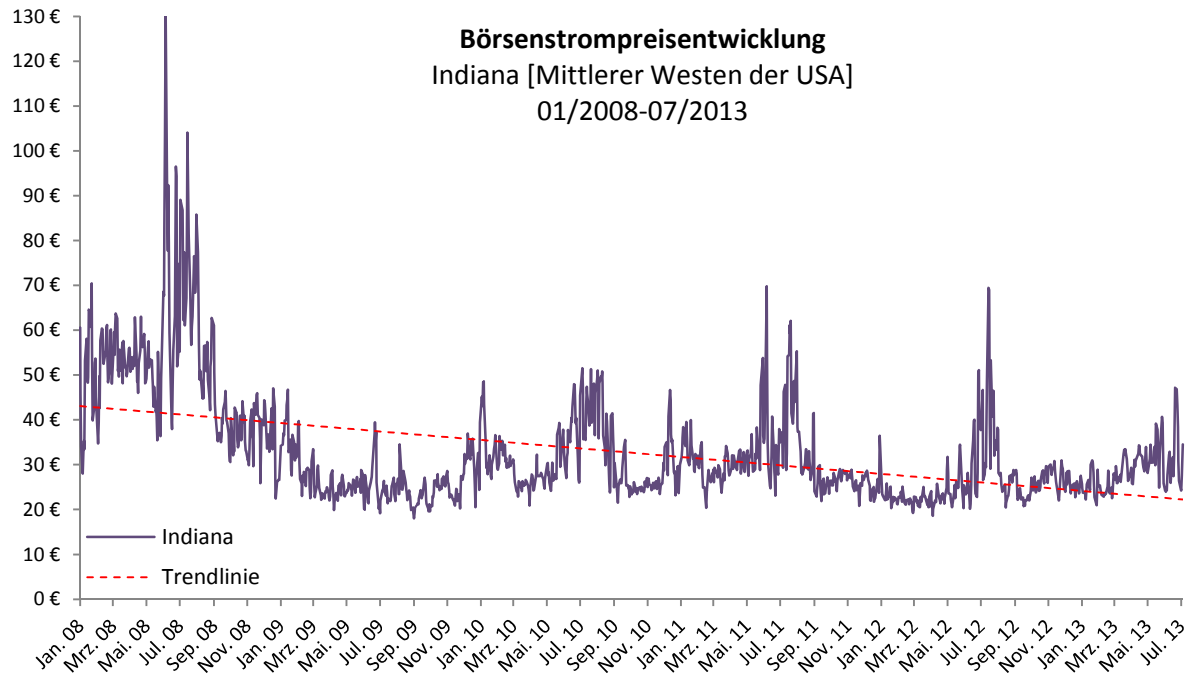


Abb. 26: Im Mittleren Westen der USA lag der Strompreis bereits 2008 auf einem Niveau von umgerechnet rund 40 €/MWh und ist dort bis heute auf ein Niveau um 25 €/MWh gesunken; Daten: U.S. Department of Energy, Graphik: DUH.

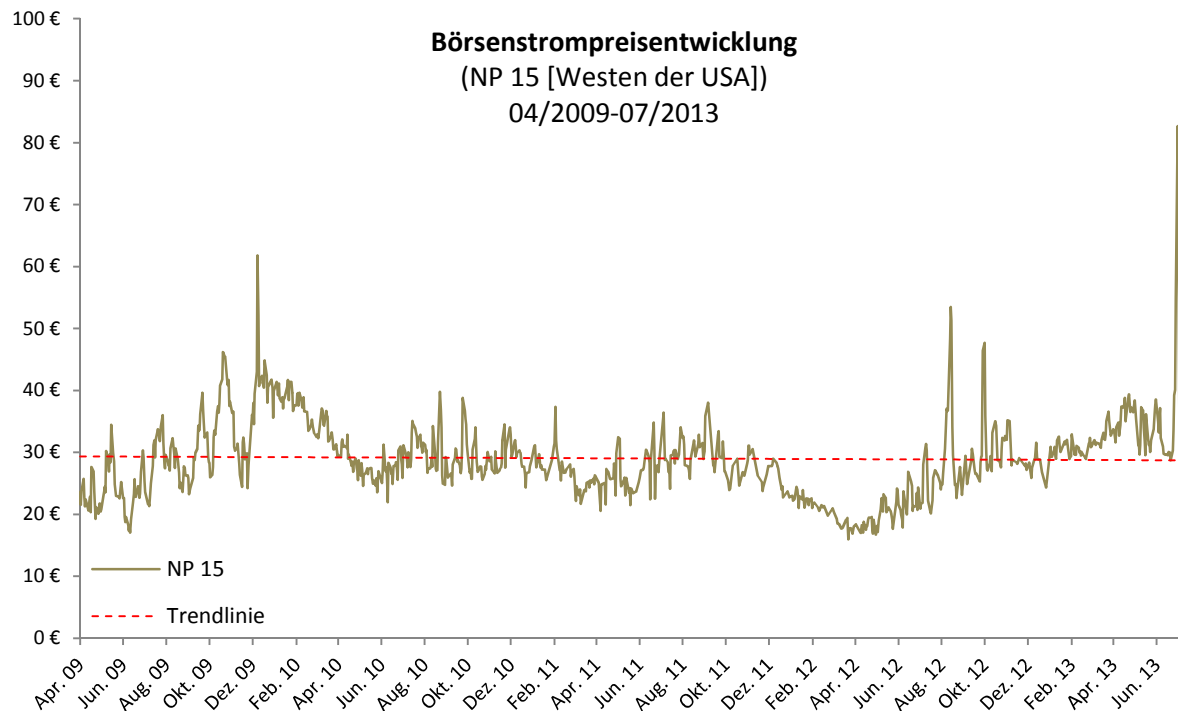


Abb. 27: An der US-amerikanischen Westküste bewegt sich der Großhandelspreis für Strom seit 2009 auf einem Niveau von umgerechnet rund 30 €/MWh; Daten: U.S. Department of Energy, Graphik: DUH.

Average wholesale (spot) electricity prices at major trading locations, January 1-June 30, 2013

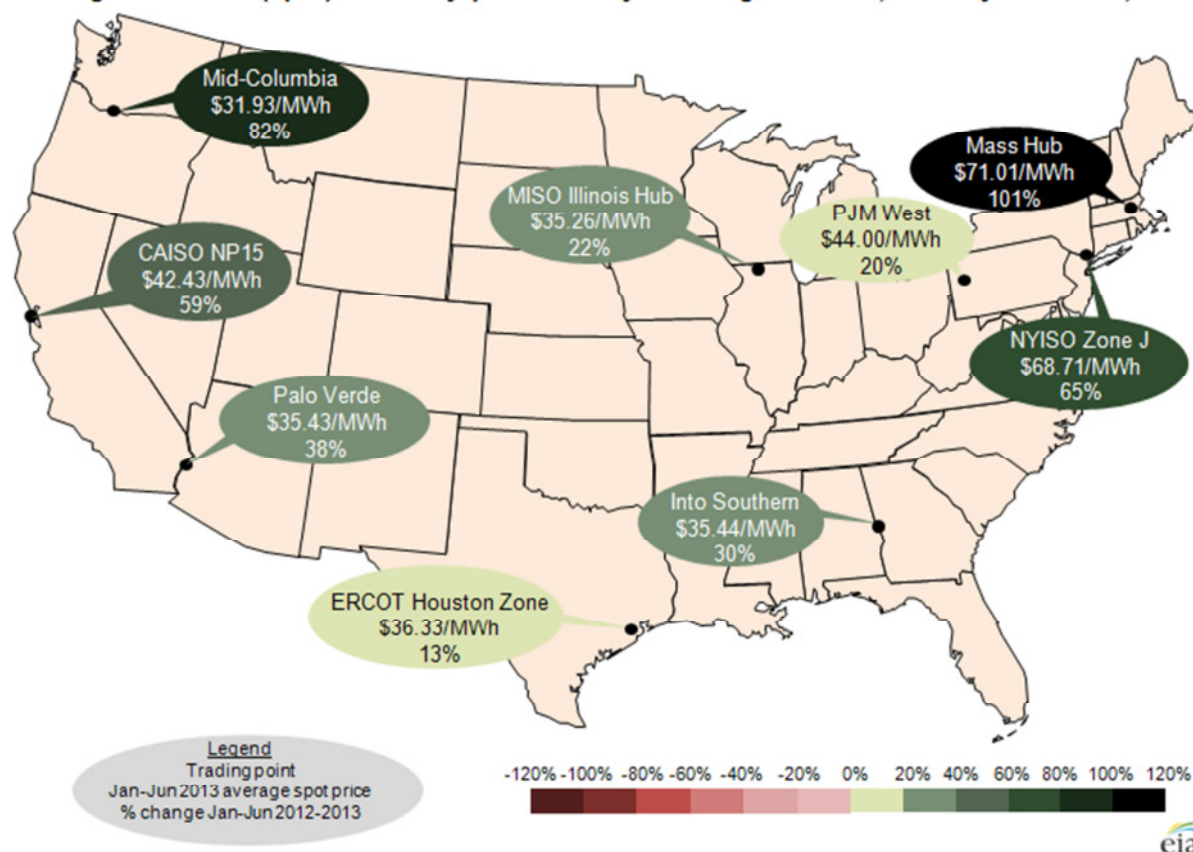


Abb. 28: Die Spotmarktpreise an den verschiedenen Stromhandelsplätzen der USA haben im Halbjahresvergleich 2012/2013 deutlich angezogen, was sich überwiegend auf steigende Erdgaspreise zurückführen lässt; Quelle: U.S. Energy Information Administration (07/2013).

Wie erwähnt haben die durchschnittlichen Strom-Großhandelspreise an sämtlichen US-amerikanischen Handelsplätzen (bis auf Hawaii und Alaska) im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr 2012 erheblich zugelegt.³⁰ Nach Angaben des amerikanischen Amtes für Energiestatistik (EIA) waren steigende Erdgaspreise Hauptkostentreiber für den Strompreisanstieg, wenngleich die Steigerungsraten in einzelnen Regionen sehr unterschiedlich verliefen. Mitte Juli 2013 bewegten sich die Großhandelspreise für Strom an den großen US-Handelsplätzen zwischen 35 und 65 US-Dollar pro Megawattstunde (umgerechnet: 26,60 – 49,50 €/MWh) und damit auf einem vergleichbaren Niveau wie hierzulande.

4.2 Netzstabilität

So traditionell wie die Industriestrompreise in den USA niedriger ausfielen als in Deutschland, so traditionell bleibt die Stabilität des Stromnetzes in den USA weit unter dem Niveau der deutschen Stromnetze. Insbesondere für stromsensible Industrieunternehmen ist dies jedoch von großer Wichtigkeit für eine verlässliche Sicherung der Produktionskapazität. In Deutschland liegen die ungeplanten Versorgungsunterbrechungen stets bei etwa 15 Minuten im Jahr, ein absoluter Spitzenwert auch im europäischen Vergleich. In den USA kann der Strom im Jahresverlauf auch schon mal acht Stunden ausbleiben. Insbesondere stromsensible Unternehmen sind in solchen Fällen gezwungen, teure Back-up-Systeme zu installie-

³⁰ Energy Information Administration, Wholesale electricity prices rose across the United States, 23.7.2013; <http://www.eia.gov/todayinenergy/detail.cfm?id=12211>.

ren. Auch dies nicht unbedingt eine Empfehlung für Unternehmen, Deutschland wegen allenfalls moderater Einsparungen bei der Stromrechnung Richtung USA zu verlassen.

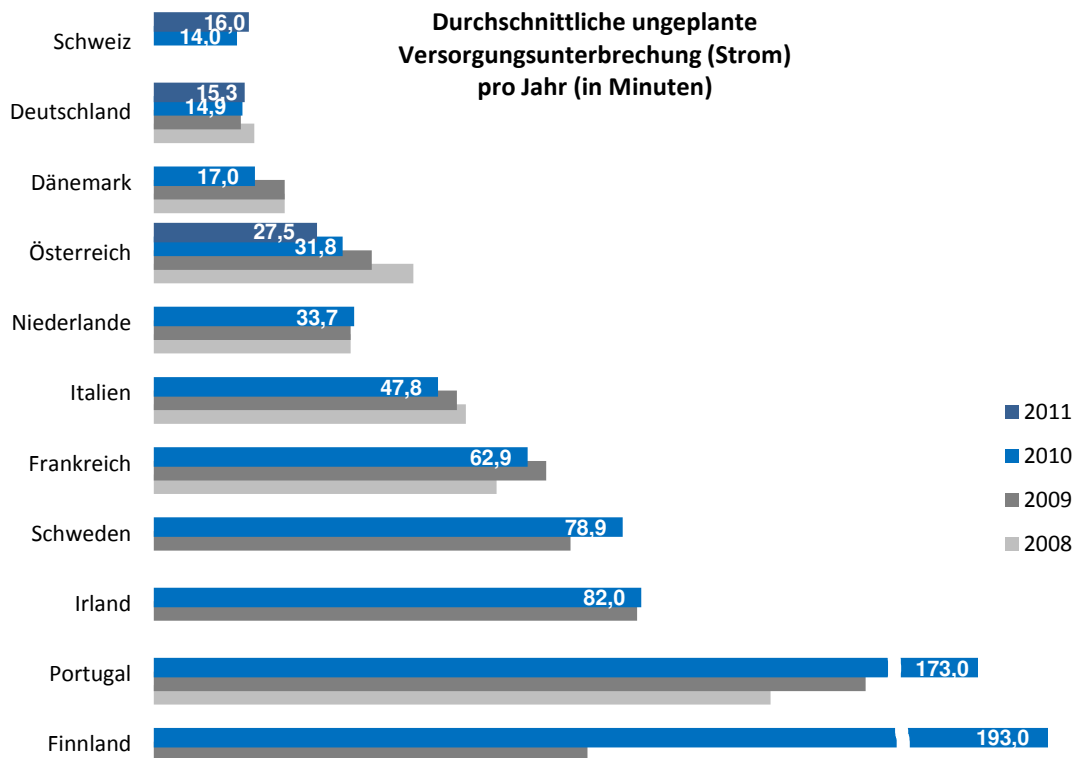


Abb. 29: Deutschland weist seit Jahren die höchste Netzstabilität in der EU auf. Das hohe Maß an Versorgungssicherheit ist nicht zum Nulltarif und wirkt sich letztlich auch auf die Strompreise aus; Daten: BNetzA, E-Control (AT), Elcom (CH), Danish Energy Association (DK); Graphik: DUH.

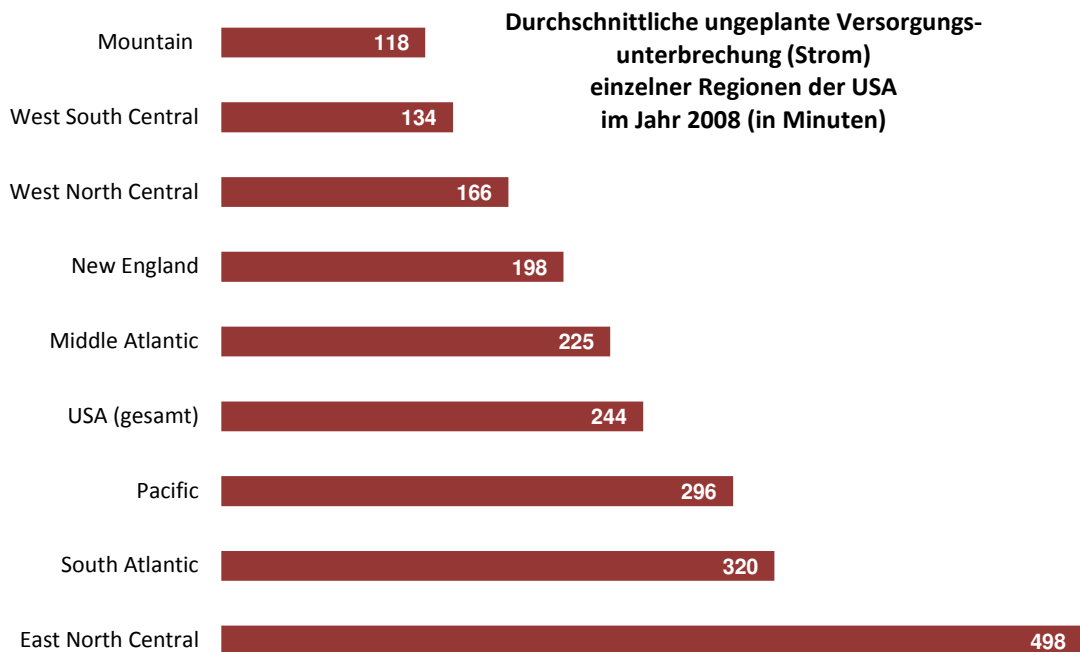


Abb. 30: In weiten Teilen der USA lagen 2008 (neuere Zahlen liegen nicht vor) die Zeiten für ungeplante Stromausfälle um das zehn- bis dreißigfache über den Ausfallminuten Deutschlands; Daten: Ernest Orlando Lawrence, Berkeley National Laboratory; Graphik: DUH.

5. Energiekosten der Privathaushalte

Gemeinsam mit den nicht-privilegierten Gewerbetreibenden tragen die privaten Stromverbraucher die Hauptlast steigender Strompreise. Mehrheitlich ertragen sie die Verdoppelung der Strompreise seit der Jahrtausendwende mit erstaunlichem Gleichmut. Vielen ist das die Energiewende ausdrücklich wert. Unmut entwickelt sich vor allem darüber, dass die Bundesregierung es geschafft hat, die Lasten der Energiewende durch immer opulenteren Privilegien für Teile der Industrie immer ungerechter zu verteilen.

Warum die Menschen bisher trotzdem nicht rebellieren, ist der Tatsache geschuldet, dass sie klarer, als die veröffentlichte Meinung, erkennen, dass Strom nicht das einzige und nicht einmal das größte Energiekostenproblem ist, mit dem sie konfrontiert sind. Ob Heizöl, Fernwärme, Erdgas oder Kraftstoffe, die Preiskurven zeigen alle steil nach oben. Energie wird insgesamt teurer und das hat auch, aber keineswegs nur mit der Energiewende zu tun (Abb. 31).

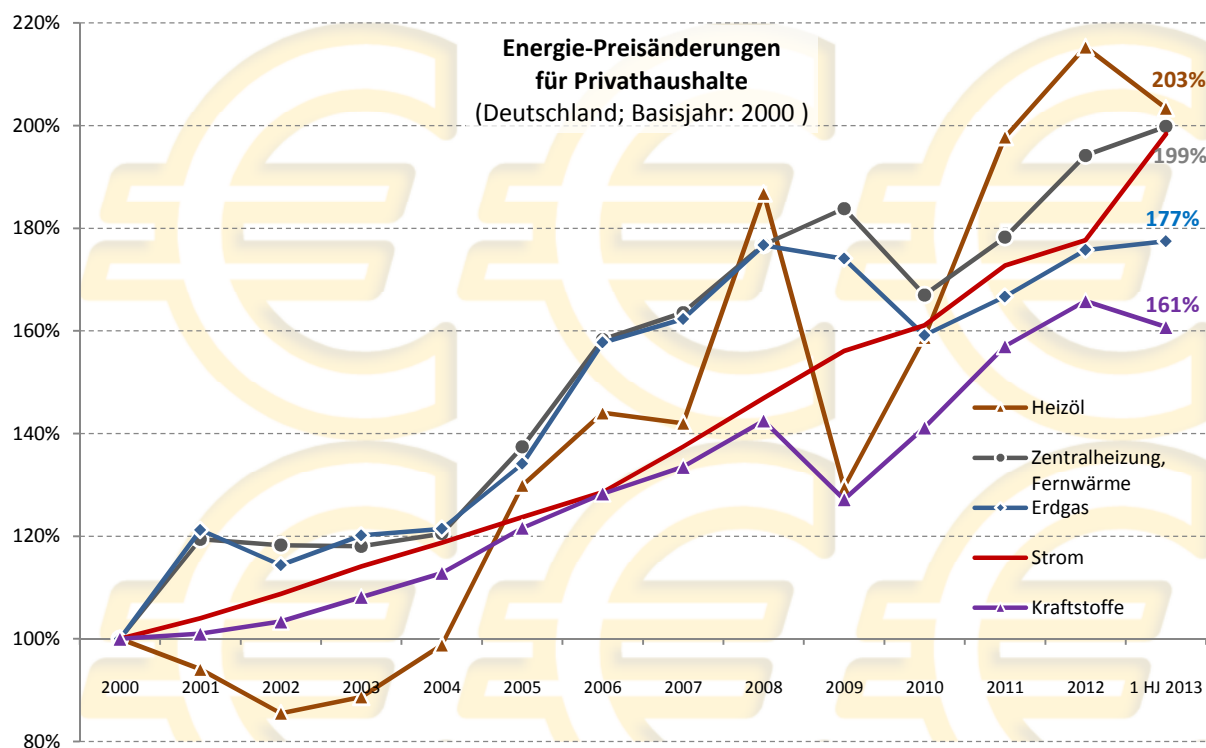


Abb. 31: Steil nach oben: Die Energiekosten steigen für alle Energieträger: Was hilft dagegen – Effizienz, sparen und eine gerechte Lastenteilung; Daten: Destatis, Graphik: DUH.

Der starke Anstieg der EEG-Umlage im Jahr 2013 führte dazu, dass sich die Ausgaben für Strom an den Konsumausgaben privater Haushalte von durchschnittlich knapp 2,4 Prozent im vergangenen Jahr auf knapp 2,5 Prozent im laufenden Jahr erhöhen werden (Abb. 32) Davon entfallen auf die EEG-Umlage 0,5 Prozentpunkte.³¹ Dieser Sachverhalt rechtfertigt erkennbar nicht den schrillen Tonfall der andauernden Preisdebatte. Allerdings erhöht sich der Stromkostenanteil an den Konsumausgaben im Segment der einkommensschwachen Haushalte deutlicher und erreicht in den niedrigsten Einkommensgruppen in diesem Jahr voraussichtlich den doppelten Wert (4,5 Prozent).

³¹ Neuhoff/Bach/Diekmann/Beznoska/El-Laboudy: „Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden“, DIW Wochenbericht Nr. 41/2012; http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.409389.de/12-41.pdf

Konsumausgaben private Haushalte nach Verwendungszwecken (2011)

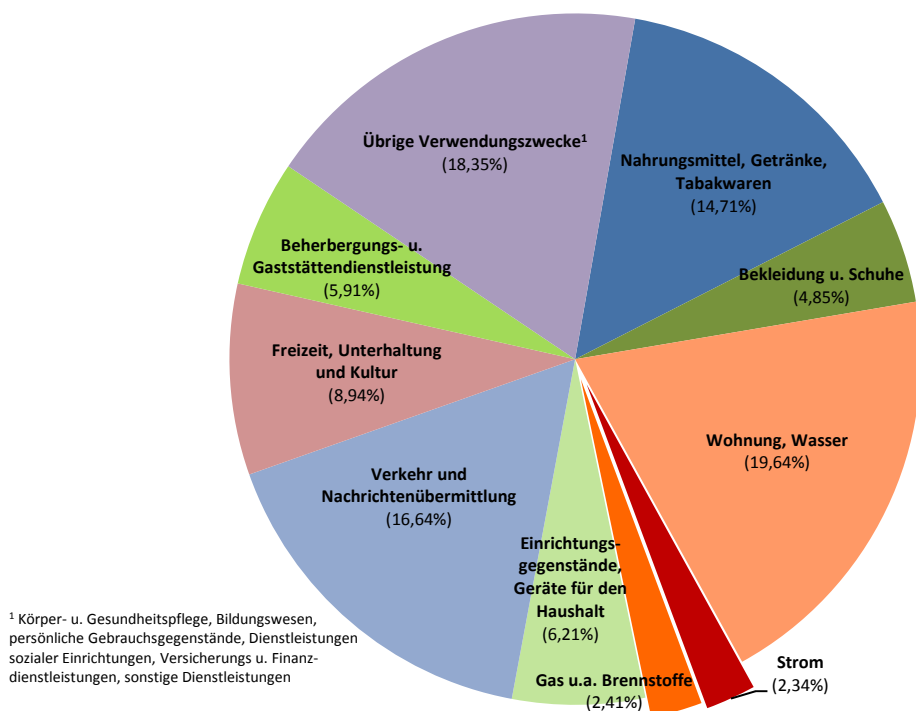


Abb. 32: An den Konsumausgaben der Privathaushalte hatte der Strom im Jahr 2011 einen Anteil von 2,34 Prozent; Daten: Destatis; Berechnungen: DIW Berlin

Dennoch ist der Anstieg der Stromkosten nicht das Hauptproblem bei den privaten Aufwendungen für Energie. Andere Aufwendungen für Mobilität (Benzin) und Raumwärme (Heizöl) stellen absolut die größeren Posten dar. Dennoch bleibt es Aufgabe der Politik, die Chancen und die Lasten der Energiewende möglichst gerecht zu verteilen, wenn sie die Zustimmung der Bevölkerung erhalten will.

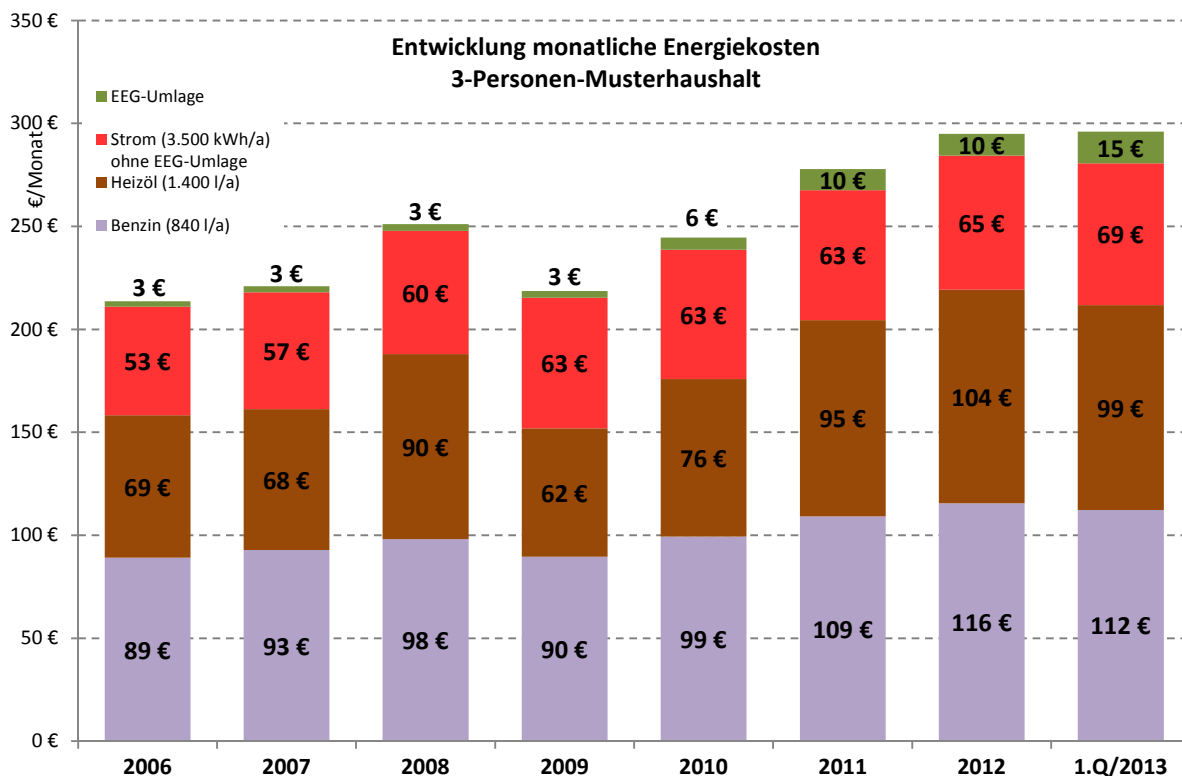


Abb. 33: Die Stromkosten sind in den letzten Jahren auch ohne EEG-Umlage deutlich gestiegen. Die Umlage an sich spielt bei der Energiekostenbelastung privater Haushalte eine untergeordnete Rolle; Daten: BMWi, Graphik: DUH.

Die folgende abschließende Abb. 34 stellt die Situation zum Zeitpunkt der letzten EEG-Umlage-Erhöhung 2012/2013 dar. Die Entwicklung 2013/2014 wird zwar offiziell erst im Oktober bekanntgegeben, ist aber bereits heute Gegenstand vielfältiger interessengeleiteter und wahltaktischer Spekulationen. An der Diskussion über die Höhe der Umlage beteiligt sich die DUH nicht. Bereits jetzt kann man aber ohne übermäßige prognostische Fähigkeiten voraussagen, welche der wesentlichen Balkenteile in dem Folgediagramm wachsen bzw. schrumpfen werden: Die eigentlichen Förderkosten der Erneuerbaren Energien (grüner Balkenteil) werden deutlich schrumpfen, weil die Vergütungen insgesamt und insbesondere für Solarstrom stark abgesenkt wurden, der PV-Ausbau in der Folge deutlich geringer ausfällt und im Winter/Frühjahr der Wind über Deutschland unterdurchschnittlich blies. Der Posten der Industrieprivilegien (rot) wird weiter deutlich wachsen, weil die (Teil-)Befreiung von der Umlage erneut auf mehr Unternehmen ausgeweitet wurde. Der Rückgang des Börsenpreises (blau) hat sich verstärkt, was die EEG-Umlage weiter erhöht. Auch in diesem Jahr bedarf es einer nachholenden Vergütung bisher noch unbekannter Höhe (orange), weil die Prognosen die Erneuerbaren-Einspeisung insgesamt unterschätzt haben. Fest steht auch, dass die EEG-Umlage immer weniger ein Indikator für die Kosten der Energiewende oder des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist. Sie wird aber in der Öffentlichkeit und von Gegnern der Energiewende fälschlicherweise als *der* Indikator für ihre ausufernden Kosten interpretiert.

Entwicklung der reinen EEG-Umlage und der Steigerungsfaktoren 2012-13

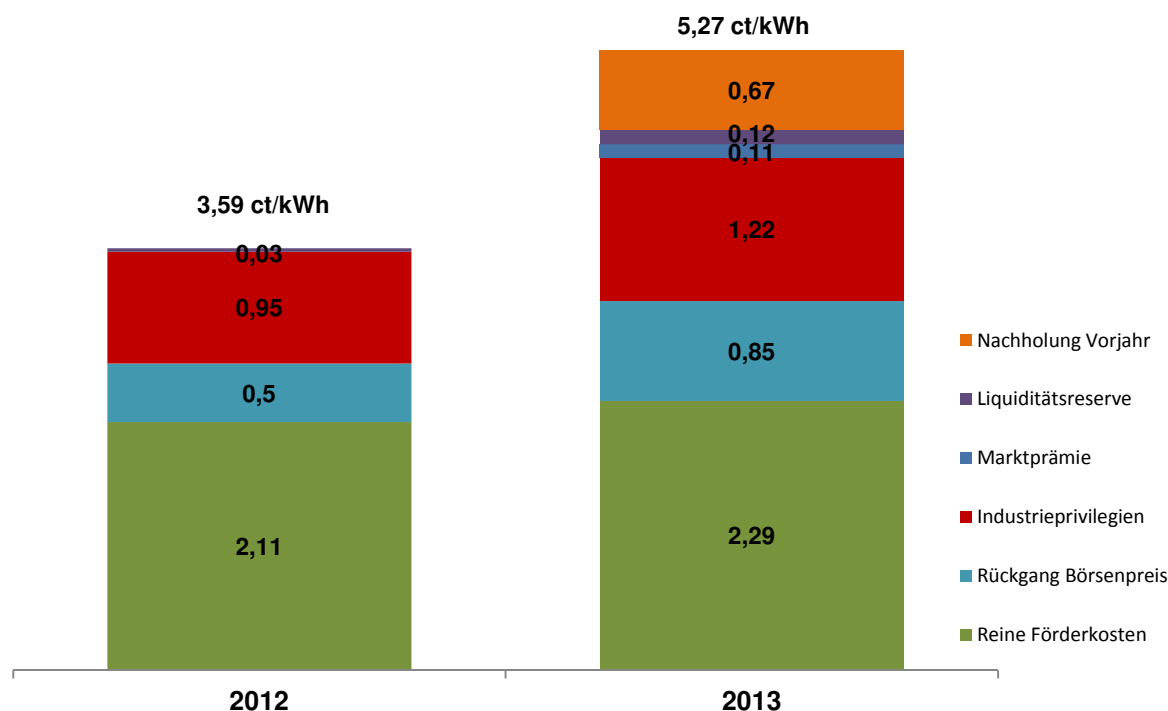


Abb. 34: Die reinen Förderkosten für Erneuerbare-Energien-Anlagen machen an der Umlage 2013 insgesamt einen Betrag von 2,29 Cent pro Kilowattstunde Strom aus. Damit erhöht sich dieser Bestandteil gegenüber 2012 lediglich um knapp 0,2 Cent/kWh; Quelle: BEE.

6. DUH-Forderungen

1. Die einseitige und immer weiter ausgeweitete Privilegierung der energieintensiven Industrie entwickelt sich zum Haupttreiber der EEG-Umlage und zu einer Kostenbombe für die nicht-privilegierten Stromkunden. Die Besondere Ausgleichsregelung (BesAR) muss deshalb generell zurückgefahren und beschränkt werden auf energieintensive Unternehmen, die nachweislich im internationalen Wettbewerb stehen.

2. Einführung eines Handelsintensitäts-Index, mit dem Ziel, dass nur noch Betriebe, die anhand des Index nachweisen, dass sie im internationalen Wettbewerb stehen, von der BesAR profitieren. Damit könnten beispielsweise die Zementindustrie und der Braunkohlebergbau nicht mehr privilegiert werden.

3. Außerdem Bindung jeder Privilegierung an den Nachweis wirksamer Effizienz- und Energiesparmaßnahmen im Betrieb, z. B. Investitionen in geeignete Maßnahmen.

4. Kompensation des Merit-Order Effekts für Unternehmen, die ihren Strom an der Börse und im Großhandel beziehen durch entsprechende Erhöhung der EEG-Umlage oder alternativ ...

5. Erzwingung der Weitergabe sinkender Börsenpreise durch den Merit-Order-Effekt an die Endkunden z. B. über eine konkrete Ausgestaltung/Ausweitung von § 39 EnWG „Allgemeine Preise und Versorgungsbedingungen“.

6. Mittelfristig nach der Bundestagswahl: Neugestaltung des EEG unter Wahrung des „Primats der Investitionssicherheit“ (grundsätzlicher Fortbestand des Einspeisevorrangs für Erneuerbare Energien und der Abnahmepflicht oder vergleichbar wirksame Regelung).

Berlin, 14. August 2013

Autoren:

Dr. Gerd Rosenkranz, Leiter Politik & Presse

Tel.: 030-2400867-0; Mobil: 0171-5660577; E-Mail: rosenkranz@duh.de

Jürgen Quentin, Projektleiter Klimaschutz & Energiewende

Tel.: 030-2400867-95; Mobil: 0151-14563676; E-Mail: quentin@duh.de